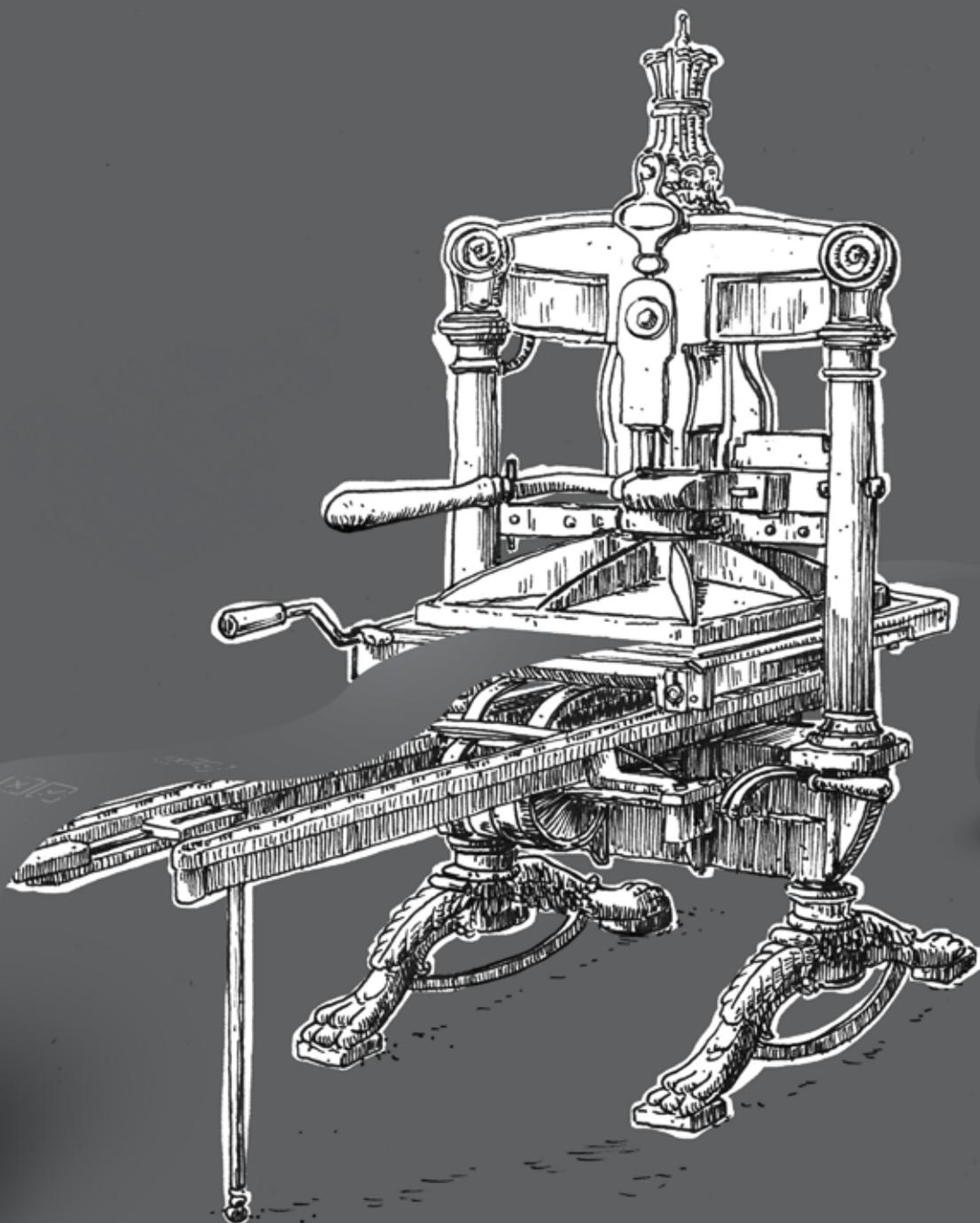


STRABEN DRUCK

Magazin über **Wohnungslosigkeit & Wahlen**



Impressum

*Ansprechpartner*innen*

Chefredakteurin

Ulrike Siuda

Redaktion

Christine Frauendorf

Redaktionsteam Hochschule Fulda

Prof. Dr. Nikolaus Meyer & Studierende des

Bachelor-Studiengangs Soziale Arbeit

Grafik, Illustrationen & Layout

Ingmar Süß, suess.artwork

Bilder

Johannes Ruppel, JR Photography

freepik.com

privat

Wohnungslosenhilfe Haus Jakobsbrunnen

Caritasverband für die

Regionen Fulda und Geisa e.V.

Kronhofstraße 1

36037 Fulda

strassendruck@caritas-fulda.de



In dem Kinderbuch „Was macht man mit einer Idee“ von Kobi Yamada haftet sich eine Idee an ein Kind und lässt dieses nicht mehr los. Das Kind möchte der Idee eigentlich aus dem Weg gehen, sich davor verstecken, denn es hat Angst vor ablehnenden Reaktionen und große Unsicherheit, was es mit dieser Idee machen soll. Die Idee fängt aber an zu wachsen und fordert immer mehr Aufmerksamkeit. Mit zunehmendem Selbstbewusstsein des Kindes gibt es der Idee schließlich die notwendige Akzeptanz und Raum zum Wachsen. So lange, bis eines Tages etwas Außergewöhnliches geschieht...

Auch an mich haftete sich eine Idee. Was zunächst als Flausen abgestempelt wurde, inspirierte mich zunehmend. Ich hatte durch wunderbare Menschen um mich herum und durch glückliche Fügungen die Möglichkeit meiner Idee einen Freiraum zum Wachsen zu geben. Denn ich sah die Chance, durch meine Idee etwas aus meinem Alltag weiter geben zu können.

Einen Einblick in meine tägliche Arbeit zu schaffen.

Ich sah die Chance Personen eine Stimme zu geben.

Personen, die oftmals schräg angeschaut werden.

Personen, die Vorurteilen ausgesetzt sind.

Personen, bei denen nicht die Talente gesehen werden.

Personen, die vielleicht nicht in die Norm passen.

Personen, um die viele einen großen Bogen machen.

Es war mir klar, dass die Umsetzung meiner Idee nicht leicht werden würde. Aber ich wollte mich nicht entmutigen lassen. Obwohl ich noch nicht wusste, wie ich alles zeitlich schaffen würde und wie ich schließlich auch die Finanzierung stemmen würde, stand dennoch fest – ich werde es tun!

Ich habe die an mir haftende Idee in die Hand genommen und mit anderen geteilt, so dass sie wachsen konnte. Und jetzt halten Sie hier meine Idee in der Hand:

Den StraßenDruck.

Hierbei handelt es sich nicht um eine klassische Straßenzeitung, welche von Wohnungslosen verkauft wird. Die vorliegende Ausgabe ist finanziert durch das Partnerschaftsprojekt „Demokratie leben!“. Mit Inhalt gefüllt werden konnte sie in diesem Umfang zudem nur durch die Kooperation mit Prof. Dr. Nikolaus Meyer von der Hochschule Fulda.

Bei dieser ersten Ausgabe geht es im Hauptthema um die anstehenden Bundestagswahlen. Sie können unter anderem aber auch etwas über das Kooperationsprojekt lesen, ein Interview mit einem Wohnungslosen und vieles mehr.

Schließlich hoffe ich, dass meine Idee auch an Ihnen haften bleibt, damit es künftig weitere Ausgaben geben kann, die dazu führen, dass Vorurteile abgebaut werden, Menschen ihre Talente zeigen können, und in denen auch weitere Themen der „Straße“ Ausdruck finden können.

Ulrike Siuda

Sozialpädagogin B.A. und Kriminologin M.A.



BISTUM FULDA

Hochschule Fulda
University of Applied Sciences



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!



Partnerschaft
für Demokratie
STADT FULDA

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Impressum 02
 Editorial 03

Was ist StraßenDruck? 06
 Wer sind wir, was steckt dahinter? Was sind unsere Ziele und woher kommt der Name?

Wohnungslosigkeit in Deutschland 08

Wohnungslosigkeit in Fulda - eine Umfrage 09

Das Haus Jakobsbrunnen 10



Frauen auf der Straße - 12
 unsichtbar und zugleich angreifbar

Dein wichtigster Gegenstand 14
 „100 Leute haben wir gefragt...“



Bundestagswahl - Wählen für die Straße 16

Obdach- und Wohnungslose in der Politik 18
 Die Bundestagswahl steht vor der Tür und somit haben alle Parteien ihre Wahlprogramme veröffentlicht. Diese beinhalten wenig bis kaum Forderungen oder Ideen für den zukünftigen Umgang mit sozial schwachen Menschen.

Bundestagswahl für alle? 20
 Ein Interview mit Uli Schreiner, Sachgebietsleiter für Wahlen bei der Stadt Fulda.

Obdachlose in der DDR 22

EU-Migrant*innen auf der Straße 24

Beifahrer*in 26
 Interview mit einem wohnungslosen Menschen. „Sagen wir mal, ich bin zufällig hier hängengeblieben.“



Schlagloch 29

Obdachlos - in einer Pandemie 30
 Ein Blick auf die Obdachlosigkeit aus pandemischer Sicht.

Sehenswürdigkeiten 32



Wie gehen obdachlose Menschen mit der Ausgangssperre um? 33

Das „neue Normal“ 34
 Die Folgen der Covid-19-Pandemie für wohnungslose Menschen.

Feindliche Architektur 36
 Was ist das eigentlich? Bei einem Rundgang durch Fulda und Frankfurt schien auf den ersten Blick alles ganz gemütlich und einladend...



Obdachlose Menschen auf Youtube - ehrliche Hilfe oder Ausbeutung? 38

Ernährung am Rande der Gesellschaft 40
 Ein Besuch bei der Bahnhofsmision Fulda

Housing first 42
 Bedingungsloses Wohnen für Obdachlose



Kunst im öffentlichen Raum 45
 Streetart als Instrument für Partizipation?

Kurzmeldungen 48

Ein System steht sich selbst im Weg 49
 Ein Kommentar

Wer sind wir?

Ein engagiertes Team von Menschen, die Veränderungen anstreben, die schwierige Lebenssituationen in Fulda sichtbar machen wollen, um dadurch Verständnis, Aufmerksamkeit und Sensibilität bei den Leser*innen zu wecken und wohltuende und wohlwollende Begegnungen zu fördern.

Die erste Ausgabe des inklusiven Projekts der Straßenzeitung „StraßenDruck“ haben wir im Rahmen eines Moduls der Hochschule Fulda, unter erschwerten Bedingungen während der Corona-Pandemie, erstellt und Artikel für die Zeitung von uns, den Studierenden des Studiengangs Soziale Arbeit, und anderen Autor*innen in Zusammenarbeit mit der Initiatorin Ulrike Siuda, Mitarbeiterin der Integrierten Wohnungslosenhilfe Haus Jakobbrunnen des Caritasverbands für die Regionen Fulda und Geisa e.V., ausgearbeitet.

Straßenzeitung, was steckt dahinter?

Das Anliegen von Straßenzeitungen und auch das unsere ist es, Menschen in prekären Lebenslagen, sozialen Notsituationen und Existenznot, allem voran Wohnungslosigkeit oder Obdachlosigkeit, eine Perspektive zu geben. Der Verkauf der Zeitung soll den von Armut betroffenen Menschen eine Chance bieten langfristig ihre Lebensumstände und Situation zu verbessern. Dies soll erreicht werden, indem die Zeitschrift Aufmerksamkeit erweckt, den Blick auf diese sozialen Problemlagen und auf das Leben am Rande der Gesellschaft richtet und schärft, sowie vielleicht zum Nach- oder sogar zum Umdenken anregt.

Straßenzeitungen gibt es in vielen großen Städten in Deutschland, nun auch in Fulda: **WIR SIND DABEI.**

Im Gegensatz zu anderen Straßenzeitungen wird der hier vorliegende „StraßenDruck“ nicht von wohnungslosen Menschen in Fulda verkauft. Wir möchten mit dieser ersten Ausgabe eine breite Masse erreichen und haben uns daher entschieden diese Zeitschrift für jeden kostenlos zugänglich zu machen, dies wurde uns durch die Förderung durch das Projekt „Demokratie leben!“ und durch weitere Sponsoren möglich gemacht.



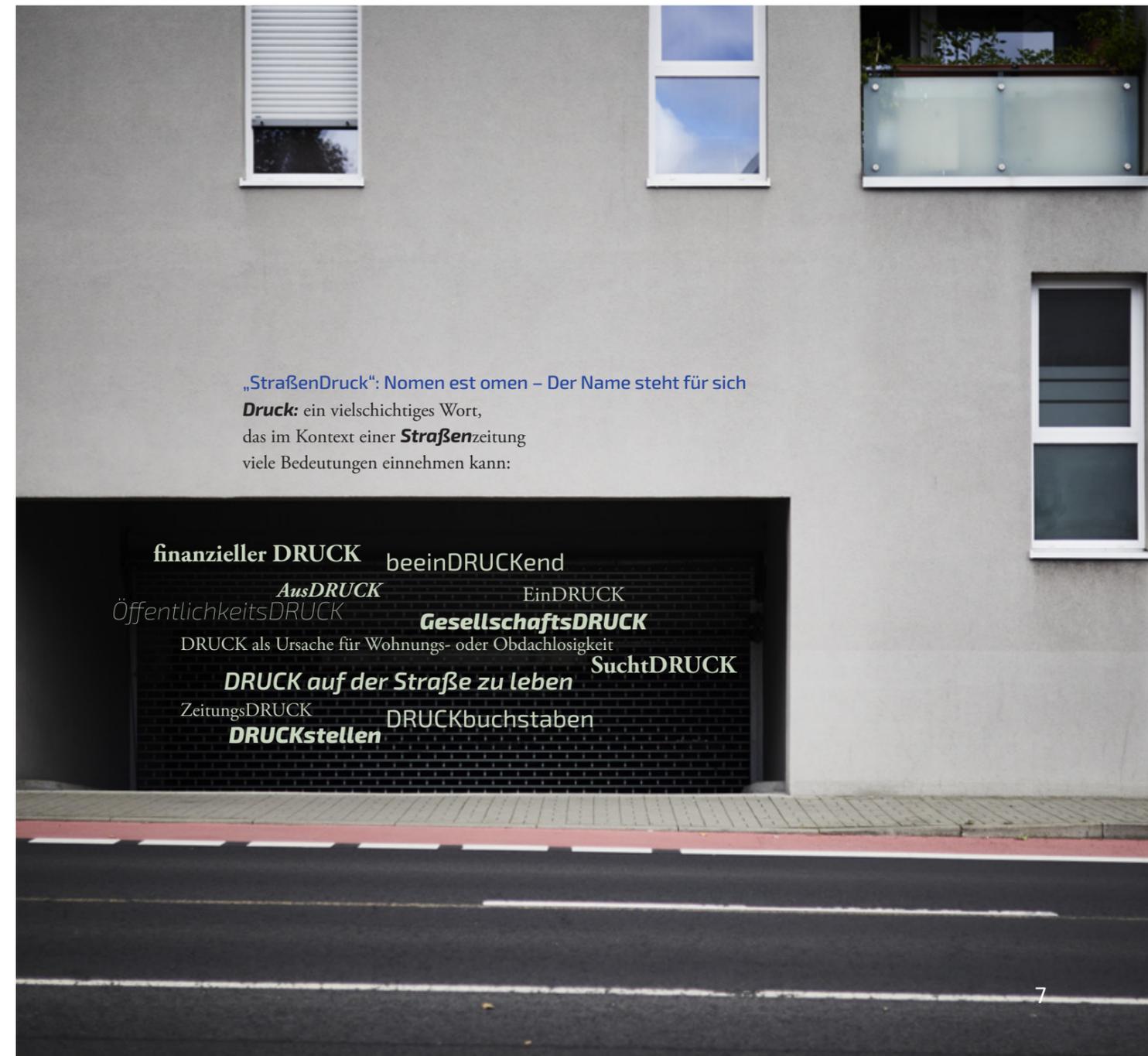
Fulda - alles im grünen Bereich?

Unsere Ziele?

Die Straßenzeitung „StraßenDruck“ soll ihren Anteil zur Aufklärungsarbeit über Wohnungslosigkeit leisten und als Sprachrohr für Armutsbetroffene dienen, sowie diesen Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen sowie Hintergründe vermitteln, wie es zu solchen Lebenssituationen kommen kann, denn auch in Fulda ist nicht alles im grünen Bereich.

Und „StraßenDruck“ will noch mehr: mehr Eindrücke von „unserer“ Stadt Fulda vermitteln, neugierig machen, Perspektivwechsel ermöglichen, sie will spannende Geschichten vor Ort erzählen, Grenzen zwischen Gesellschaftsgruppen überwinden, Nähe und einen Umgang auf Augenhöhe ermöglichen.

Die Zeitschrift „StraßenDruck“ soll eine Bereicherung in jeder Hinsicht darstellen.



„StraßenDruck“: Nomen est omen – Der Name steht für sich

Druck: ein vielschichtiges Wort,
das im Kontext einer **Straßenzeitung**
viele Bedeutungen einnehmen kann:

finanzieller **DRUCK** beeindrUCKend
*Aus***DRUCK** EinDRUCK
ÖffentlichkeitsDRUCK **GesellschaftsDRUCK**
DRUCK als Ursache für Wohnungs- oder Obdachlosigkeit
DRUCK auf der Straße zu leben SuchtDRUCK
ZeitungsDRUCK **DRUCK**buchstaben
DRUCKstellen

Wohnungslose Menschen sind ein Teil unserer sozialen Wirklichkeit. Sie sind unter uns und doch führen sie ein Leben am Rande. Wohnungslosigkeit ist die schlimmste und extremste Form der Armut. Beim Gang durch Innenstädte oder Bahnhofsviertel ist bestimmt schon einmal jedem von uns ein wohnungsloser Mensch begegnet. Im folgenden Text möchten wir uns näher mit genauen Zahlen zur Wohnungslosigkeit in Deutschland beschäftigen.

Was bedeutet Wohnungslosigkeit?

Der europäische Dachverband der Wohnungslosenhilfe (FEANTSA) differenziert in seinen Definitionen zwischen Obdach- und Wohnungslosigkeit und anderen prekären Wohnverhältnissen. Als *obdachlos* gelten demnach alle diejenigen, die entweder ohne Unterkunft im öffentlichen Raum leben oder in Notunterkünften übernachten. *Wohnungslos* sind demgegenüber die Menschen, die keine eigene Wohnung zur Verfügung haben, sich jedoch in einer Einrichtung befinden. Dazu zählen Übergangwohnheime für Obdachlose ebenso wie Herbergen und Auffangstellen für Migrant*innen oder auch die Übernachtung bei Freund*innen für einen unbestimmten Zeitraum.

Die Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland lässt sich derzeit nur schätzen, da es bis jetzt hier keine bundeseinheitliche Wohnungsnotfallberichterstattung gibt. Am 31. Januar 2022 soll nun erstmals die Zahl der untergebrachten wohnungslosen Personen in Deutschland erhoben werden. Mit der Stichtagserhebung der Zahl der Wohnungslosen, die Leistungen zur Unterbringung in Anspruch nehmen, wird eine erhebliche Zahl wohnungsloser Menschen nicht erfasst, kritisiert die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W): Diejenigen, die wohnungslos bei Freund*innen und Bekannten Unterschlupf finden, die kurzfristig in der Familie verbleiben oder die ganz ohne Unterkunft auf der Straße leben, würden weiter nicht gezählt. Lediglich Hamburg hat zwischenzeitlich drei umfassende Zählungen (2002, 2009 und 2018) beauftragt: Diese größte Befragung in der BRD zeigt im Vergleich aller drei Studien, dass die Zahl obdachloser Menschen stetig steigt.

Laut der letzten Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. waren im gesamten Jahr 2018 circa 678.000 Menschen in Deutschland wohnungslos, das heißt, sie verfügten über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum. Die meisten davon waren Männer, aber auch immer mehr ältere Menschen, Familien sowie EU-Bürger*innen haben keinen festen Wohnsitz. Rund 48.000 Menschen lebten ohne jede Unterkunft auf der Straße.

- » Etwa 193.000 (70 %) der wohnungslosen Menschen sind alleinstehend. 82.000 (30 %) leben mit Partner*in und/oder Kindern zusammen
- » Die BAG W schätzt die Zahl der Kinder und minderjährigen Jugendlichen auf 8 % (22.000)
- » Der Anteil der erwachsenen Männer liegt bei 73 % (185.000); der Frauenanteil liegt bei 27 % (68.000)

In den letzten Jahren haben sich die Gründe für einen Wohnungsverlust kaum verändert. Bei der Hälfte der dokumentierten Fälle haben die Menschen die Wohnung nach Kündigung durch den Vermieter (30 %) oder in Folge von Räumungsklagen (5 %) und Zwangsräumungen (16 %) verloren. In 66 % der Fälle erfolgte die Zwangsräumung aufgrund von Mietschulden, in 7 % wegen Eigenbedarfs und in 27,0 % wegen anderer Probleme.

Ein erheblicher Teil der Betroffenen, knapp 30 %, zieht ohne Kündigung aus. Bei diesem sog. „kalten“ Wohnungsverlust kommt es nicht zur Zwangsräumung, sondern die Mieter*innen, vor allem Alleinstehende, „verlassen“ die Wohnung ohne Räumungsverfahren oder vor dem Zwangsräumungstermin. *„Ein ausschließlicher Blick auf die Zwangsräumungszahlen würde Ausmaß und Qualität neu entstehender Wohnungslosigkeit verkennen, deswegen wird die Kategorie ‚ohne Kündigung ausgezogen‘ in unserem Bericht zur Lebenslage der Hilfesuchenden regelmäßig erfasst“*, erklärte die Geschäftsführerin der BAG W, Werena Rosenke.

In dem jährlichen BAG W-Bericht zur Lage der wohnungslosen Menschen in Deutschland spiegelt sich auch wider: Viele Menschen, die ihre Wohnung verloren haben, versuchen zunächst mit eigenen Mitteln, ihre Notlage zu beheben. Bevor sie die Einrichtungen und Dienste der freien Träger aufsuchten, lebten fast 50 % der akut Wohnungslosen bei Freund*innen, Bekannten und Familienangehörigen. Erst wenn solche „Zwischenlösungen“ nicht (mehr) funktionieren, landen die Betroffenen in so genannten ordnungsrechtlichen Unterbringungen (die die Kommunen anbieten müssen, 12 %), oder auf der Straße (22 %).

„Für uns ist dies Hinweis darauf, dass die Hilfen für Menschen in Wohnungsnot noch präventiver und noch erreichbarer aufgestellt sein müssen, um vor dem Wohnungsverlust intervenieren und die beschriebene Abwärtsspirale verhindern zu können“, so Rosenke.

Wenn Sie den Satz: „Wohnungslosigkeit in Fulda ist...“ beenden müssten, wie würde er lauten?

Wohnungslosigkeit in Fulda ist...

- » *„in Fulda sind viele Obdachlose. Sie suchen Wohnungen, auch Familien suchen Wohnungen mit mehreren Zimmern, aber die gibt's nicht oder wenn sind sie sehr teuer.“*
- » *„hoch, einfach hoch.“*
- » *„sehr teuer.“*
- » *„auf jeden Fall ein Problem!“*
- » *„ein Kampf!“*
- » *„beängstigend.“*
- » *„nicht überall präsent, aber bestimmt präsent.“*
- » *„für viele ein Thema, für viele nicht.“*
- » *„oh das ist eine gute Frage, ..., ist wahrscheinlich vorhanden, ja?!“*
- » *„wahrscheinlich stärker verbreitet als gedacht.“*
- » *„schwierig zu sagen, weil ich damit so kaum Berührungspunkte habe, ich kann's Ihnen ehrlich gesagt nicht sagen.“*
- » *„gegeben.“*
- » *„nach wie vor ein Problem.“*
- » *„vorhanden.“*

Wohnungslosigkeit scheint, so lassen sich die Wahrnehmungen der Passant*innen zusammenfassen, einerseits in Fulda spürbar und andererseits doch auch von jeder einzelnen Person weit entfernt zu sein. Eine seltsame Mischung aus Wahrnehmbarkeit und fehlender Zuständigkeit – aus Nähe und Distanz.

Möglicherweise ist gerade diese Nähe des Themas Wohnungslosigkeit der Grund, warum Menschen sich mit den damit verbunden sozialen Fragen nur ungern auseinandersetzen wollen. „Es kann jeden treffen – also mich auch!“ Arbeitslosigkeit, Schicksalsschläge, Krankheiten oder auch Überforderung können schnell zum Zusammenbruch eines vermeintlich normalen Lebens und damit direkt in die Wohnungslosigkeit führen.

Aus den Gesprächen in der Fuldaer Innenstadt wird immer wieder deutlich: Die Menschen nehmen wohnungslose Menschen wahr.

In Fulda haben wir Einrichtungen, die mit wohnungslosen Menschen arbeiten und für sie kämpfen. Wir können sehr dankbar für ihre Arbeit sein, aber gibt uns das die Erlaubnis wegzuschauen?

Die Frage nach dem „Warum ist das so?“ kann vermutlich nur mit der Thematik Wohnungslosigkeit selbst beantwortet werden: Wir wollen uns ungern mit Problemen auseinandersetzen, die uns selbst betreffen können. Und die Aussage „Mir als Teil der normalen Gesellschaft kann so was ja nicht passieren“ stellt einen vermeintlichen Schutz und daraus schürende Distanz und Abwertung gegenüber den wohnungslosen Menschen dar. Dabei würde sich jeder von uns doch wünschen, dass uns geholfen wird, wenn wir in einer prekären Lage sind.

Warum verschließen wir dann die Augen vor einem so ersichtlichen Problem? Vielleicht ist es der Gedanke, dass wir versagt haben, wenn wir zu „den Wohnungslosen“ gehören, in dieser druckbehafteten Leistungsgesellschaft. Aber gibt es überhaupt „DIE Wohnungslosen“, wenn von einem zum nächsten Moment wirklich jeder von uns in der Situation, wohnungslos zu sein, sein kann? Sicherlich spielt auch die damit einhergehende Scham, nicht den Ansprüchen der Gesellschaft und sich selbst gerecht zu werden, mit in dieses Verhalten hinein. Oder zählt es zu gesundem Egoismus, sich von der Wohnungslosigkeit abzuwenden, wenn sie einen nicht betrifft? Aber wann betrifft mich dieses Thema nicht? Sind wir nicht eine Gemeinschaft, an der jeder teilhaben darf? Das ist in Deutschland doch sogar gesetzlich geregelt. Wo ist unsere kindliche Neugier, wie in der Sendung mit der Maus, wenn es um solche gesellschaftskritischen Themen geht, wie die Wohnungslosigkeit?

Das

Haus Jakobsbrunnen

ist eine integrative Wohnungsloseneinrichtung, welche seit dem Jahr 2000 in der Kronhofstraße 1 in Fulda durch den Caritasverband für die Regionen Fulda und Geisa e.V. geführt wird.

Frau Siuda, Sozialpädagogin und Kriminologin in der Wohnungslosenhilfe, beantwortete einige Fragen zu der Einrichtung.



Wie viele Mitarbeiter*innen hat das Haus und in welcher Funktion sind sie eingestellt?

Es gibt insgesamt sieben festangestellte Mitarbeiter*innen (in Teil- und Vollzeit), sechs Sozialarbeiter*innen und eine Verwaltungsfachkraft. Zusätzlich sind sieben Mitarbeiter*innen als Pförtner*innen zur Nachtbereitschaft eingestellt.

Ich selbst bin in den Bereichen Fachberatung, Tagesstätte, Straffälligenhilfe sowie im Übergangsmanagement in der JVA Fulda tätig.

Wann und wie ist das Haus zu erreichen?

Gibt es spezielle Öffnungszeiten?

Das Haus Jakobsbrunnen ist 24/7 besetzt, sodass auch bei akuter Wohnungsnot zu Randzeiten ein Schlafplatz z.B. im städtischen Übernachtungswohnheim vermittelt werden kann. Die Fachberatung, als niederschwelliges Angebot, bietet von montags bis freitags von 09:00-12:00 Uhr und von 14:00-16:00 Uhr offene Sprechzeiten durch die Sozialarbeiter*innen an.

Die Tagesstätte hat normalerweise montags bis freitags von 9:00-12:00 Uhr und von 14:00-17:00 Uhr geöffnet. Zudem am Wochenende von 13:00-17:00 Uhr.

Während der Pandemie findet eingeschränkter Betrieb ausschließlich vormittags statt.

Welche Aufgabenbereiche gibt es im Haus Jakobsbrunnen?

Die Aufgabenbereiche im Haus Jakobsbrunnen sind sehr vielfältig.

Die *Tagesstätte* im Erdgeschoss ist ein offener Treffpunkt hauptsächlich für Wohnungslose, ehemalige Wohnungslose aber auch für Bedürftige. Generell ist die Tagesstätte aber für Jede*n offen. Es können warme und kalte Getränke sowie kleine Snacks zu sehr geringen Preisen gekauft werden. In der Tagesstätte sind fast ausschließlich Ehrenamtliche tätig.

Wohnungslose haben zudem die Möglichkeit, unsere *Sanitäranlagen* zu nutzen und Wäsche zu waschen.

Im ersten Obergeschoss ist die *Fachberatungsstelle*. Es handelt sich hierbei um ein niederschwelliges Angebot, welches auch anonym genutzt werden kann. Wir beraten Personen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder bereits wohnungslos sind. Meistens ist der Unterstützungsbedarf aber umfassender, sodass wir vollumfängliche Beratung anbieten oder auch an andere Fachstellen vermitteln. Was eher weniger bekannt ist, ist, dass wir in der Fachberatung auch *Postadressen* für Wohnungslose vergeben können, damit diese postalisch für Ämter oder sonstige Stellen erreichbar sind. Des Weiteren haben Klienten die Möglichkeit bei uns ein *Betreuungskonto* einzurichten.

Im zweiten Obergeschoss sind die Büros der Sozialpädagog*innen, die sich um die Bereiche *Wohnheim* und *ambulant betreutes Wohnen* kümmern. Das Wohnheim ist im Haus mit inbegriffen. Die Klient*innen wohnen auf drei Stockwerken in kleinen Wohngemeinschaften auf Selbstversorgerbasis zusammen. Das betreute Wohnen unterstützt Klient*innen, die in eine eigene Wohnung gezogen sind. Des Weiteren gibt es noch die Bereiche *sozialpädagogische Betreuung der städtischen Obdachlosenunterkünfte* sowie die *Haft- und Straffälligenhilfe* und das *Übergangsmanagement* in der JVA Fulda.

Welche Ziele werden erreicht?

Aufgrund der vielfältigen Bereiche gibt es unterschiedliche Ziele. Generell ist das Hauptziel der Wohnungslosenhilfe aber die Vermittlung eines eigenen Wohnraums sowie die Unterstützung beim Erhalt des eigenen Wohnraums.

Die Zielsetzung ist stets den individuellen Bedürfnissen und Problemlagen angepasst.

Wer kann zu Ihnen kommen und wie viele Plätze sind im Wohnheim und betreuten Wohnen vorhanden?

Prinzipiell kann Jede*r zunächst zur Beratung in das Haus Jakobsbrunnen kommen. Erste Anlaufstelle ist immer die Fachberatungsstelle.

Das Wohnheim bietet Platz für 10 Wohnungslose, im ambulant betreuten Wohnen können bis zu 16 Personen im eigenen Wohnraum unterstützt werden. Die Aufnahmekriterien für das Wohnheim sind sehr niederschwellig, prinzipiell kann jede*r Wohnungslose bei freien Kapazitäten aufgenommen werden. Voraussetzung ist die Mitwirkungspflicht und die Fähigkeit sich weitgehend selbst versorgen zu können.

Kann man das Haus durch Spenden unterstützen?

Die Einrichtung kann sowohl durch Sach- als auch durch Geldspenden unterstützt werden.

Bei Interesse kann man sich gerne direkt an uns wenden.

>>wohnungslosenhilfe@caritas-fulda.de

„Wenn ich abends und nachts obdachlos bin, möchte ich es wenigstens tagsüber nicht sein“

Frauen auf der Straße – unsichtbar und zugleich angreifbar

Wenn Sie einmal versuchen, sich daran zu erinnern, wie oft Ihnen beim Schlendern durch die Heimatstadt oder bei einem Städtetrip auf der Straße lebende Frauen bewusst aufgefallen sind, geht es Ihnen wahrscheinlich wie uns – in unseren Erinnerungen tauchen hauptsächlich Bilder von männlichen Obdachlosen auf. Doch nur weil wir sie nicht sehen, heißt das nicht, dass es sie nicht gibt.

Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe zufolge lebten im Jahr 2018 in Deutschland 59.000 erwachsene Frauen ohne Wohnung, damit lag ihr Anteil, gemessen an der Gesamtobdachlosigkeit, bei 27%, Tendenz steigend. Was eine obdachlose Frau in einem Interview mit den Worten „Wenn ich abends und nachts obdachlos bin, möchte ich es wenigstens tagsüber nicht sein“ beschreibt, wird als verdeckte Obdachlosigkeit bezeichnet. Viele weibliche Obdachlose wollen nicht, dass man ihnen ihre aktuelle Lebenslage direkt ansieht, sie schämen sich. Saubere Kleidung und ein gepflegtes Äußeres haben weiterhin einen hohen Stellenwert, was sowohl der Wahrung ihrer Würde als auch ihrer gesellschaftlichen Anerkennung als Frau dient.

„Seltsam paradox mutet es an, dass mich hier draußen, wo ich jetzt lebe, niemand wahrnimmt, obwohl mich alle sehen.“

Anne Lorient (2016) lebte, nachdem sie mit 18 Jahren von zu Hause weg lief, nahezu 20 Jahre auf den Straßen von Paris.

Ein verbreitetes Phänomen bei weiblichen Wohnungslosen ist das Couchsurfing – das kostenlose Übernachten in Wohnungen bekannter sowie unbekannter Personen. Es bewahrt die Frauen vor der Angst, nachts alleine draußen übernachten zu müssen und zu jedem Zeitpunkt leichte Beute für einen Übergriff zu sein. Um an einen solchen Schlafplatz zu gelangen, sprechen wohnungslose Frauen oftmals entweder gezielt fremde Männer auf der Straße an oder werden umgekehrt von ihnen angesprochen. Es wäre nun blauäugig zu denken, dass es sich hierbei um reines Übernachten handelt – die Männer erwarten in vielen Fällen körperliche Gefälligkeiten als Gegenleistung der Frau. Indem sich die Frauen auf diese zweckmäßigen Partnerschaften einlassen, begeben sie sich in eine hochgradige Abhängigkeit und Hilflosigkeit. Doch haben sie letztendlich eine Wahl? Ja, zwischen Prostitution und gewaltsamen Übergriffen.

Dadurch, dass sie sich in Abhängigkeit begeben und angesichts ihrer Hilflosigkeit, kehren betroffene Frauen in alte Muster zurück. Viele von ihnen waren bereits in ihrem Elternhaus oder einer früheren Partnerschaft von häuslicher Gewalt betroffen und leiden ein Leben lang unter den Folgen wie beispielsweise einer Traumatisierung. Um der damit einhergehenden Ohnmacht zu entfliehen, lassen sie sich auf ein Leben auf der Straße ein. Dort finden sie genau das, was ihnen ihr Leben seit gewisser Zeit nicht mehr bieten konnte – Selbstbestimmung, Freiheit, Raum und Zeit. Dies zwingt sie allerdings zum Verzicht auf Schutz.

Neben häuslicher Gewalt gibt es jedoch zahlreiche weitere Lebensumstände, die ein Leben auf der Straße für Frauen begünstigen. Wenn eine Beziehung zerbricht und die Frau nicht im Mietvertrag der gemeinsamen Wohnung steht, ist sie faktisch wohnungslos und steht vor der großen Hürde, bezahlbaren Wohnraum für sich als alleinstehende Person zu finden. Vor dieser Hürde stehen ebenfalls (vorwiegend) ältere Frauen, die aufgrund des Todes ihres/r Partner*in und einer zu geringen Rente ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können.

„Man kuschelt, man zahlt, man unterwirft sich. Sonst drohen Schläge, Vergewaltigung und sogar Tod! Dieses Gesetz der Straße gilt vor allem für die Frauen [...]“

Anne Lorient (2016)



Gegensätzlich zu den zuvor beschriebenen verdeckt obdachlosen Frauen gibt es auch diejenigen, deren Obdachlosigkeit für jedermann sichtbar ist. Ihr Verhalten wird im gesellschaftlichen Kontext häufig als eher männlich wahrgenommen, da es von Selbstbehauptung und einer offensiv raumgreifenden Verhaltensweise geprägt ist. Entgegen der gesellschaftlichen Wahrnehmung steht dies für die Betroffenen selbst jedoch in keinem Widerspruch zur eigenen Geschlechtszugehörigkeit. Vielmehr schaffen sie dadurch eine Distanz zum klassischen Weiblichkeitsbild, einhergehend mit mangelnder Selbstbehauptung, Abhängigkeit und sexueller Verfügbarkeit. Sie wollen als handlungsfähiges Individuum gelten. „Harte Schale, weicher Kern“, so könnte es vereinfacht ausgedrückt werden.

Frauen auf der Straße sind anders als Männer auf der Straße, ihre Situation jedoch deswegen keine Abweichung von der Norm. Ihre Problemlagen sind nicht weniger beachtungswürdig, nur weil man sie nicht sieht, beim Schlendern durch die Stadt nicht direkt wahrnimmt. Wir sollten unseren Blick bewusst auf die Situation von obdachlosen Frauen richten und dazu beitragen, dass sie nicht gänzlich aus unserem Bewusstsein verschwinden.

„Dein wichtigster Gegenstand“

Es mögen auf dem ersten Blick nur ein paar Gegenstände sein – nichts besonders Wertvolles oder Seltenes – und doch verbindet jeder Mensch damit eine persönliche Geschichte.

Taschenmesser

„Weil es mich nervt, immer was zum Schneiden zu kaufen.“



Schlüssel

„Die Ringe sind praktisch, weil man daran etwas befestigen kann.“
„Weil ich sonst nicht reinkomme.“



Filmkamera

„Ich mache gerne Fotos und liebe alte Filmkameras.“



Schnupftabak

„Weil es mich beruhigt.“



Flaschenöffner

„Weil ich jeden Morgen drei alkoholfreie Radler trinke.“



Küchlein

„Ich habe immer was Süßes dabei, weil zwischendurch Zucker immer gut ist.“



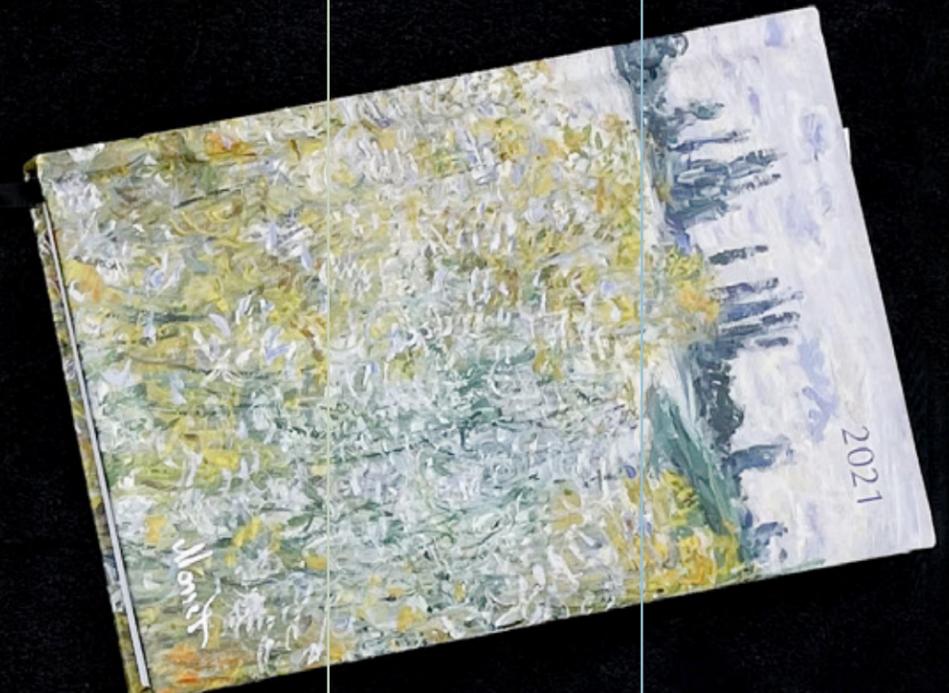
Kopfhörer

„Kopfhörer bringen mich runter, ich bin oftmals aufgewühlt, das Erden tut mir gut.“
„Meine Kopfhörer begleiten mich jeden Tag, immer wenn ich abschalten will.“



Taschentücher

„Habe ich immer dabei, weil ich eine Allergie habe und meine Nase immer läuft.“



Smartphone

„Da bin ich immer erreichbar.“



Planer

„Um meine Termine zu strukturieren, weil ich arbeite und nebenbei studiere.“



Ich wähle dieses Jahr, wie meist, per Briefwahl. Damit bin ich bei weitem nicht die Einzige, 2017 waren es fast 30%. Wohnungslose Menschen erhalten allerdings meistens keinen Wahlschein gesendet, da sie keine feste Meldeanschrift haben. Haben sie dann überhaupt ein Wahlrecht? Und wie gestalten sich Wahlen für wohnungslose Menschen?

Um in Deutschland wählen zu können, muss man mindestens 18 Jahre alt sein, sich seit mindestens drei Monaten in Deutschland aufhalten, darf nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sein und muss die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Auch wohnungslose Menschen, die diese Punkte erfüllen, haben ein Recht, ihre Stimme für die Bundestagswahl abzugeben. Sie sind wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob diese eine Meldeadresse haben oder nicht. Jedoch bekommen sie keinen Wahlschein zugesendet, insofern sie nicht im Melderegister und damit im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Wer obdachlos ist und wählen möchte, muss ihn also selbst beantragen. Das wissen allerdings nur wenige, und selbst wenn, machen es viele des komplizierten Wiederaufnahmeverfahrens wegen trotzdem nicht.

Gründe dafür, nicht wählen zu gehen, gibt es für wohnungslose Bürger*innen sicher viele. Ein ganz großer wird immer wieder genannt: Obdachlose fühlen sich von der Politik nicht gesehen. Auch in dieser Ausgabe des StraßenDruck kann man im Folgenden noch lesen, was die großen Parteien in ihrem Wahlprogramm für sozial benachteiligte Menschen tun wollen: Obdachlose werden darin mit keinem Wort spezifisch genannt.

In den letzten Jahrzehnten hat die Politik sich nicht sonderlich um obdachlose Menschen gekümmert. Es hat sich viel geändert und verbessert, dieser Wandel wurde aber eher durch Initiativen, Vereine, Verbände und andere Zusammenschlüsse von motivierten Menschen mit Ideen gefördert. Eine Einrichtung, die viele Menschen in Deutschland seit 2002 bei ihrer Wahlentscheidung unterstützt, ist der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung. Doch auch dieser ist nur mit einem internetfähigen Endgerät interessant und nutzbar. Der Vorteil am Wahl-O-Mat wäre aber, dass er auch kleine Parteien miteinbezieht. Dadurch bekämen Menschen, die auf der Straße leben, Zugang zu mehr als nur den großen Parteien. Vielleicht würden einige dann auch Parteien finden, die mehr ihren Interessen entsprechen und dadurch mehr Motivation aufbringen, auch an Wahlen teilzunehmen.

Es gestaltet sich für obdachlose Menschen also sehr schwierig, Teil der Wähler*innenschaft zu werden. Die Hürden, wie überhaupt an einen Wahlschein zu kommen und dann auch die Entscheidung für eine Partei zu treffen, sind hoch. Die Aufmerksamkeit, die sie für ihren Aufwand von der Politik zurückbekommen, ist minimal bis nicht vorhanden. Dass viele obdachlose Menschen nichts von ihrem Wahlrecht wissen oder aktiv keinen Gebrauch davon machen, ist also kaum eine Überraschung.

SPICKZETTEL – Wie wähle ich?

Wählen darf, wer

- » *mindestens 18 Jahre alt ist*
- » *die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt*
- » *nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist*
- » *seit mindestens 3 Monaten in Deutschland lebt*

Wählen ohne Adresse oder festen Wohnsitz?

Alles was man braucht, ist ein Personalausweis (Alternativ: ein anderes Ausweisdokument).

Einen Personalausweis kann man bei der Stadt Fulda beantragen, die Fertigstellung kann bis zu 3 Wochen dauern.

Wie komme ich zum Wählen?

- » *Antrag auf Eintragung in Wählerverzeichnis stellen (bis 21. Tag vor der Wahl)*
- » *Zwischen Briefwahl oder Wahl im Wahllokal entscheiden*
- » *Bei Briefwahl: Bis spätestens 3 Werktage vor der Wahl abgeben*

Obdach- und Wohnungslose in der Politik

Die Bundestagswahl 2021 steht vor der Tür und somit haben alle Parteien ihre Wahlprogramme veröffentlicht. Diese beinhalten wenig bis kaum Forderungen und Ideen für den geplanten Umgang mit sozial schwachen Menschen. Wohnungslose Menschen werden nicht ausdrücklich erwähnt, wohl aber zu Einkommensschwachen und von Wohnungsnot betroffenen Menschen gezählt. Obdachlose Menschen werden in den Wahlprogrammen nicht erwähnt.

DIE LINKE

2007 gegründet, demokratisch-sozialistisch

Die Linke möchte durch eine nicht kürzbare Mindestsicherung Hartz IV ersetzen. Dadurch soll niemand weniger als 1.200 Euro pro Monat erhalten. Es soll ein neues, sogenanntes Arbeitslosengeld Plus eingeführt werden, das nach dem Bezug von Arbeitslosengeld I greift. Dieses soll 58% des Nettoentgelts plus Inflationsausgleich betragen. Menschen, die mehr als 30 Jahre in der Arbeitslosenversicherung versichert waren, sollen unbefristeten Anspruch auf Arbeitslosengeld Plus haben. Wohnen ist für die Linke ein Grundrecht. Ein Vergesellschaftungsgesetz soll Wohnungen in öffentliches Eigentum überführen und einen Fonds zur Rekommunalisierung aufsetzen. Durch eine neue Wohnungswirtschaftsgesetzgebung soll ein wesentlicher Teil der Miete in Rücklagen für Instandhaltung fließen und das Vorkaufsrecht der Kommunen gestärkt werden.

CDU

1945 gegründet, christlich-demokratische Volkspartei der Mitte

CSU und CDU wollen ein neues Konzept der kapitalgedeckten Altersvorsorge etablieren. Als Beispiel nennen sie eine Generationenrente für eine Altersvorsorge von Geburt an. Sie stellen keine Forderungen nach einer Anhebung des Renteneintrittsalters. Bis 2025 sollen über 1,5 Millionen neue Wohnungen in Deutschland entstehen. Die befristeten Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau sollen als Beteiligungsanreiz verlängert werden. Zudem möchte die Union Anreize für den Bau von Werkwohnungen schaffen. Mieter*innen sollen vor finanzieller Überlastung bei energetischer Sanierung des Gebäudebestandes geschützt werden, dazu soll die steuerliche Förderung der energetischen Sanierung verbessert werden.

AfD

2013 gegründet, rechtspopulistisch, rechtsextrem

Die AfD lehnt Forderungen nach Enteignung, einer Mietpreisbremse und einem Mietendeckel ab. Der soziale Wohnungsbau soll reduziert oder eingestellt werden, stattdessen sollen Einkommensschwache mehr Wohngeld erhalten. Wohneigentum soll gefördert werden, beispielsweise durch steuerliche Sonderabschreibungen für die eigengenutzte Immobilie. Menschen, die lange gearbeitet haben und arbeitslos sind, sollen länger Arbeitslosengeld I erhalten. Die Partei strebt eine Bezugsdauer an, die abhängig von der Dauer der Vorbeschäftigung ist. Eine aktivierende Grundsicherung soll Hartz IV ablösen. Dabei soll erzieltes Einkommen nicht mit der Grundsicherung verrechnet werden, wodurch auch geringfügig Beschäftigte stets mehr verdienen würden als Arbeitslose.

FDP

1948 gegründet, liberal

Die Schuldenquote des Bundes soll unter 60% gesenkt werden. Die Ausgaben für Soziales sollen künftig gedeckelt werden und höchstens 50% des Bundeshaushaltes betragen. Es soll mehr günstiger Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen zur Verfügung gestellt werden. Ein Wohngeld soll Menschen dabei unterstützen, einfacher eine finanzierbare Wohnung zu finden.

Bündnis 90/Die Grünen

1993 gegründet, ökologisch, ökonomisch, soziale Nachhaltigkeit

Hartz IV soll durch eine Garantiesicherung ersetzt werden. Der Regelsatz soll dabei umgehend um mindestens 50 Euro ansteigen. Verschiedene Unterstützungsleistungen sollen durch eine Kindergrundsicherung ermöglicht werden. Für Gesundheit und Pflege soll eine Bürgerversicherung entstehen, in die auch Beamte, Selbstständige und Unternehmer je nach Einkommen einzahlen. Mietobergrenzen sollen durch ein Bundesgesetz Mietpreise begrenzen. Die Mietpreisbremse soll entfristet werden und eine reguläre Erhöhung von 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels erlauben.

SPD

1863 gegründet, sozialdemokratisch

Hartz IV soll in ein Bürgergeld umgewandelt werden, das leichter zugänglich ist und allen Menschen ein Leben in Würde sichert. Vermögen und Wohnungsgröße sollen zwei Jahre lang nicht überprüft werden, das Schonvermögen wird erhöht. Menschen, die länger in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, sollen dafür auch länger Arbeitslosengeld I erhalten und dadurch nicht so schnell auf die Grundsicherung angewiesen sein müssen. Jährlich sollen 100.000 neue Sozialwohnungen gebaut werden, um Wohnen bezahlbarer zu gestalten. In teuren Gegenden soll ein befristetes Mietmoratorium eingeführt werden.



Am 26.09.2021 ist es wieder so weit: Der Bundestag wird gewählt. Ein Gespräch mit dem Sachgebietsleiter für Wahlen der Stadt Fulda, Herrn Uli Schreiner:

Herr Schreiner, Sie sind Sachgebietsleiter für Wahlen der Stadt Fulda. Können Sie kurz Ihre Aufgaben erläutern?

Gerne! Meine Hauptaufgabe während der Wahlen umfasst die komplette Organisation dieser, damit am Wahltag ein reibungsloser Ablauf möglich ist. Dazu müssen unter anderem Wahlräume, Stimmzettel und das Wählerverzeichnis vorbereitet werden. Dabei bin ich natürlich nicht allein. Angesichts der vermutlich hohen Wahlbeteiligung kommt einiges an Arbeit auf uns zu.

Eine hohe Wahlbeteiligung würde uns freuen. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit ich meine Stimme für die Bundestagswahl abgeben darf?

Voraussetzung ist zunächst, dass ich im Wählerverzeichnis eingetragen bin. Um im Wählerverzeichnis der Stadt Fulda eingetragen werden zu können, muss mein Wohnsitz am 42. Tag vor der Wahl in Fulda gewesen sein, also am 15. August.

Die meisten Wähler*innen bekommen ihre Wahlbenachrichtigung nach Hause geschickt und werden automatisch ins Wählerverzeichnis aufgenommen. Wie ist das für Menschen, die nicht in der Stadt gemeldet sind, aber dennoch wählen wollen? Die tauchen ja nicht im Wählerverzeichnis auf...

Für Menschen ohne Wohnsitz in Fulda gibt es auch die Möglichkeit sich ins Wählerverzeichnis eintragen zu lassen. Dafür gibt es ein Formular, das man ausfüllen und spätestens bis zum 05.09.2021 (21. Tag vor der Wahl) einreichen muss. Das ist vor allem für sogenannte Auslandsdeutsche relevant, die nicht mehr in Deutschland gemeldet sind, sich im Ausland aufhalten und dennoch an der Wahl teilnehmen möchten.

Und wie ist das für Menschen, die sich in Fulda aufhalten, jedoch keinen festen Wohnsitz haben?

Auch Menschen ohne Meldeadresse können sich ins Wählerverzeichnis eintragen lassen. Hier muss belegt werden, dass sich die Personen überwiegend im Gebiet der Stadt Fulda aufhalten. Dies kann entweder durch eine eidesstattliche

Erklärung, in der man dies versichert, oder mithilfe von Nachweisen über die Übernachtung in Übernachtungsheimen oder regelmäßige Besuche der Zahlstelle für Nichtsesshafte erfolgen. Wichtig ist, dass wir Wahlscheine erst ausgeben dürfen, wenn das Wählerverzeichnis erstellt ist (ab dem 15. August). Dann ist es auch möglich, dass Betroffene bei uns vorsprechen und direkt ihre Wahlberechtigung bzw. Briefunterlagen erhalten oder am besten direkt vor Ort wählen. Vom 06.09.2021 bis zum 10.09.2021 wird das Wählerverzeichnis öffentlich ausgelegt. Hier kann man prüfen, ob man im Wählerverzeichnis eingetragen ist. Bei offensichtlicher Unrichtigkeit kann eine Eintragung auch noch bis zum 24.09.2021, 18:00 Uhr, erfolgen. Bei bisherigen Wahlen gab es allerdings erst drei bis vier Anträge von Menschen ohne festen Wohnsitz zu Wahlen.

Was denken Sie, woran liegt das?

Viele bekommen erst am Wahltag selbst von der Wahl etwas mit und wollen dann zur Wahl gehen und erfahren dort, dass sie nicht im Wählerverzeichnis stehen und somit ihre Stimme nicht abgeben können. Es fehlt oftmals vielleicht am Interesse oder auch an Informationen zur bevorstehenden Wahl und den Möglichkeiten der Eintragung im Wählerverzeichnis.

Wieso ist es denn nicht möglich, dass diese Menschen einfach direkt am Wahltag im Wahllokal wählen und so ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen?

Das ist gesetzlich in der Bundeswahlordnung geregelt. Wahlberechtigt sind alle, die am Wahltag im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Alle Personen, die am Wahltag selbst vorsprechen und nicht im Wählerverzeichnis eingetragen sind, für die können wir dann nichts mehr tun.

Für Anliegen und Fragen rund um die Wahlteilnahme steht das Wahlamt Fulda in der Schlossstraße 1 gern zur Verfügung.

Obdachlose in der DDR

In der DDR gab es keine arbeitslosen Menschen im heutigen Sinne, sowohl Männer als auch Frauen waren eingebunden in die Berufswelt. Alle Menschen, Gesellschaftsschichten und Geschlechter waren gleichberechtigt. Doch wie stand es um obdachlose Menschen? Existierten sie einfach nicht oder fielen sie aus dem sozialistisch-idealistischen Weltbild?

Von 1949 bis zum Mauerfall am 9. November 1989 war Deutschland gespalten, in DDR und BRD. Vieles war Menschen in der DDR untersagt, der Alltag war von hoher Vorsicht, Angst vor freier Meinungsäußerung und Verzicht geprägt. Und doch finden sich immer wieder Aussagen darüber, dass man in der DDR viele Vorzüge genoss. So gab es genug Kindergartenplätze, Frauen durften und konnten arbeiten gehen, es gab soziale Absicherung für Jede*n. Der westdeutsche Obdachlose galt als Beispiel für die Nachteile des Kapitalismus. Wo, zwischen all diesen anscheinend rosigen sozial-gesellschaftlichen Gegebenheiten, waren da die Obdachlosen? Gab es sie überhaupt, wenn es doch hieß, niemand musste auf der Straße leben?

In der Zeit des Nationalsozialismus wurde „Asozialität“, und damit auch obdachlose Menschen, in Deutschland verfolgt. Sie wurden teilweise zwangssterilisiert, kamen in Arbeitshäuser, Gefängnisse und schließlich auch in Konzentrationslager. Zwar drohten den wenigen Überlebenden nach der Freilassung 1945 keine tödlichen Konsequenzen mehr, die Stigmatisierung der „selbstverschuldeten Obdachlosigkeit“ blieb jedoch bis in die 60er Jahre gesamtgesellschaftlich bestehen.

1961 begann der Bau der Mauer, und zeitgleich auch die zunehmende Kriminalisierung obdachloser und anderer als „asozial“ geltender Menschen. Zwar sorgte der Staat für Wohnungen und Arbeit,

Ursprünglicher Wortlaut §249 StGB:

(1) Wer das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger oder die öffentliche Ordnung dadurch gefährdet, dass er sich aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit hartnäckig entzieht, obwohl er arbeitsfähig ist, oder wer der Prostitution nachgeht oder wer sich auf andere unlautere Weise Mittel zum Unterhalt verschafft, wird mit Verurteilung auf Bewährung oder mit Haftstrafe, Arbeitserziehung oder mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bestraft. Zusätzlich kann auf Aufenthaltsbeschränkung und auf staatliche Kontroll- und Erziehungsaufsicht erkannt werden.

(2) In leichten Fällen kann von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit abgesehen und auf staatliche Kontroll- und Erziehungsaufsicht erkannt werden.

(3) Ist der Täter nach Absatz 1 oder wegen eines Verbrechens gegen die Persönlichkeit, Jugend und Familie, das sozialistische, persönliche, oder private Eigentum, die allgemeine Sicherheit oder die staatliche Ordnung bereits bestraft, kann auf Arbeitserziehung oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren erkannt werden.

verschleierte – neben ihrer massiven Unterdrückung – die Existenz sozial ungleich stehender Menschen. Grundlage für die Strafverfolgung obdachloser Menschen lieferte ab 1968 der §249 des StGB, der sogenannte „Asozialenparagraph“. Bestraft wurde die „Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“. Dazu zählten unter anderem Prostitution und Betteln. Bis 1984 herrschte Arbeitspflicht, Nichtarbeit galt als Parasitentum und permanente Entwendung von Volksvermögen. Berufs- und Obdachlosigkeit waren ordnungswidrig. Aktive Teilnahme am Aufbau des Sozialismus war Recht und Pflicht zugleich. Auch Jugendliche, die beispielsweise nicht arbeiten wollten, mussten in Umerziehungslager, sogenannte „Jugendwerkhöfe“. Eine bewusste Entscheidung für nicht gesellschaftskonformes Leben stand nicht zur Diskussion und die entsprechende Person wurde als arbeitsscheu abgewertet. Arbeitslager und andere freiheitsberaubende Einrichtungen und Maßnahmen wurden zur Abschreckung und Repression genutzt. Als asozial geltendes Verhalten sollte korrigiert werden. Um obdachlose Menschen dem Straßenbild zu entziehen, wurden sie staatlichen Unterküften und damit menschenunwürdigen Wohn- und Lebensräumen zugewiesen. Im Laufe der nächsten beiden Jahrzehnte verschärfte sich auch die Entsolidarisierung und Abgrenzung nach unten. Schlussendlich gab es Obdachlosigkeit in der späteren DDR nicht mehr. Grund dafür war aber nicht das Nichtvorhandensein von Missständen im Sozialsystem oder ein fürsorgliches Miteinander. Es war allein das Wegsehen und Verurteilen sowie die Unterdrückung sozial schwacher, nonkonformistischer Individuen seitens des Staates.

Fakten am Rande:

- » In der BRD bezeichnete man Obdachlose als „Nichtsesshafte“
- » In der DDR bezeichnete man Obdachlose als „Asoziale“
- » Obdachlos heißt, ein Mensch lebt ohne festen Wohnsitz oder Unterkunft und der Großteil des Lebens findet auf der Straße statt
- » Wohnungslos heißt, ein Mensch lebt ohne Mietvertrag, oft in Einrichtungen, in denen er/sie zeitlich begrenzt wohnen kann oder kurzzeitig bei Freunden, Bekannten und Familie

EU-Migrant*innen auf der Straße

„In Deutschland gibt es immer Arbeit“ oder „In Deutschland gilt Recht und Gesetz“: Mit solchen Hoffnungen oder Erwartungen kommen viele EU-Ausländer*innen nach Deutschland. Das zeigt eine Studie aus Frankfurt am Main, wo rund zwanzig Personen im Rahmen von Bachelorarbeiten auf der Straße befragt wurden.

Besonders häufig kommen EU-Ausländer*innen in Großstädte oder Regionen, wo Arbeiten auf dem Bau, in Schlachthöfen o.ä. zu finden sind. Doch viele scheitern und landen auf der Straße, ohne Anspruch auf Unterstützung – bundesweit etwa 50.000, so schätzt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W). Eine große Zahl dieser Menschen, mehrheitlich aus osteuropäischen Mitgliedsstaaten, lebt dabei auf der Straße. Inzwischen prägen wohnungslose EU-Bürger*innen in vielen Städten in Deutschland das Bild der Straßenobdachlosigkeit, berichtet die BAG W. Bei niedrigschwelligem Angeboten der Wohnungslosenhilfe, insbesondere denen der Großstädte, mache die Gruppe der wohnungslosen EU-Bürger*innen inzwischen wenigstens die Hälfte der Klientel aus, bei den Übernachtungsmöglichkeiten der Kältehilfe liege die Belegungsquote der EU-Bürger*innen laut BAG W bei bis zu 80 Prozent.

Gerade der Anteil obdachloser EU-Bürger*innen steigt, weil sie als solche erst nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland Anspruch auf Sozialleistungen hätten. Viele Arbeitsmigrant*innen aus der EU würden aber unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Deutschland gelockt, so berichtet der DGB: Oft würden den Menschen gefälschte Dokumente vorgelegt, die sie glauben machen, dass sie regulär in Deutschland angemeldet seien. Aber auch der Wunsch, der Obdachlosigkeit in den Heimatländern oder extrem widrigen Lebensumständen in ihren Heimatländern zu entkommen sei groß. „Auf der Straße zu leben ist kein Spaß – auch nicht in Deutschland! Stellen Sie sich also mal vor, wie schlecht die Lebensumstände in den Heimatländern waren, dass man sich für ein Leben auf der Straße in Deutschland entscheidet“, sagt Bruder Michael Wies. Der Kapuziner leitet in Frankfurt am Main das Liebfrauenkloster sowie den Franziskustreff, wo wohnungslose Menschen Frühstück und Sozialberatung erhalten.

Der katholische Pfarrer Peter Kossen unterstützt diese Aussage: Er kämpft im Bistum Münster gegen Ausbeutung und moderne Sklaverei in der Fleischindustrie. „Oft müssen die Arbeiter aus Rumänien, Bulgarien und Polen sechs Tage die Woche für zwölf Stunden pro Tag in den Schlachtbetrieben arbeiten; für einen Stundenlohn, der bei rund fünf Euro liegt. In den Unterkünften teilen sich manche zu dritt eine Matratze. Das können wir als Gesellschaft doch nicht wollen?“, fragt sich Kossen im Interview mit dieser Zeitung. Trotz einer Gesetzesinitiative der Bundesregierung habe sich die Situation für die Arbeitsmigrant*innen aus der EU kaum verbessert. „Positiv ist zum Beispiel die Verabschiedung des Arbeitsschutzkontrollgesetzes. Dadurch ist die Werkvertragsarbeit ganz verboten und die Leiharbeit in Teilen. Das ist aber auch nur ein erster Schritt. Ich bin sehr froh darüber, aber konkret bedeutet das auch, dass erst einmal nur die Leute in Schlachthof und Zerlegung davon profitieren. Die Menschen in Reinigungsdiensten, der Verpackung oder Logistik der Fleischindustrie nicht.“

Damit setze sich das Erpressen und Demütigen weiter fort. „Es hat sich etwas verändert. Aber gleichzeitig gibt es massive Bemühungen der Fleischindustrie die Lücken in den gesetzlichen Vorgaben zu finden und diese auch auszunutzen. Was ganz deutlich wird: Ich kann keine Haltungsänderung erkennen gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die vorwiegend aus Osteuropa stammen.“ Kossen wünscht sich stattdessen eine Haltungsänderung in der Gesellschaft: „**Man könnte ja auch sagen: Wir wertschätzen die Menschen, die zu uns kommen und die eine Arbeit machen, für die wir hier nur schwer Personal finden. Stattdessen ist es nach wie vor ein menschenverachtendes System, in dem die Arbeiter verschlissen werden wie Material.**“

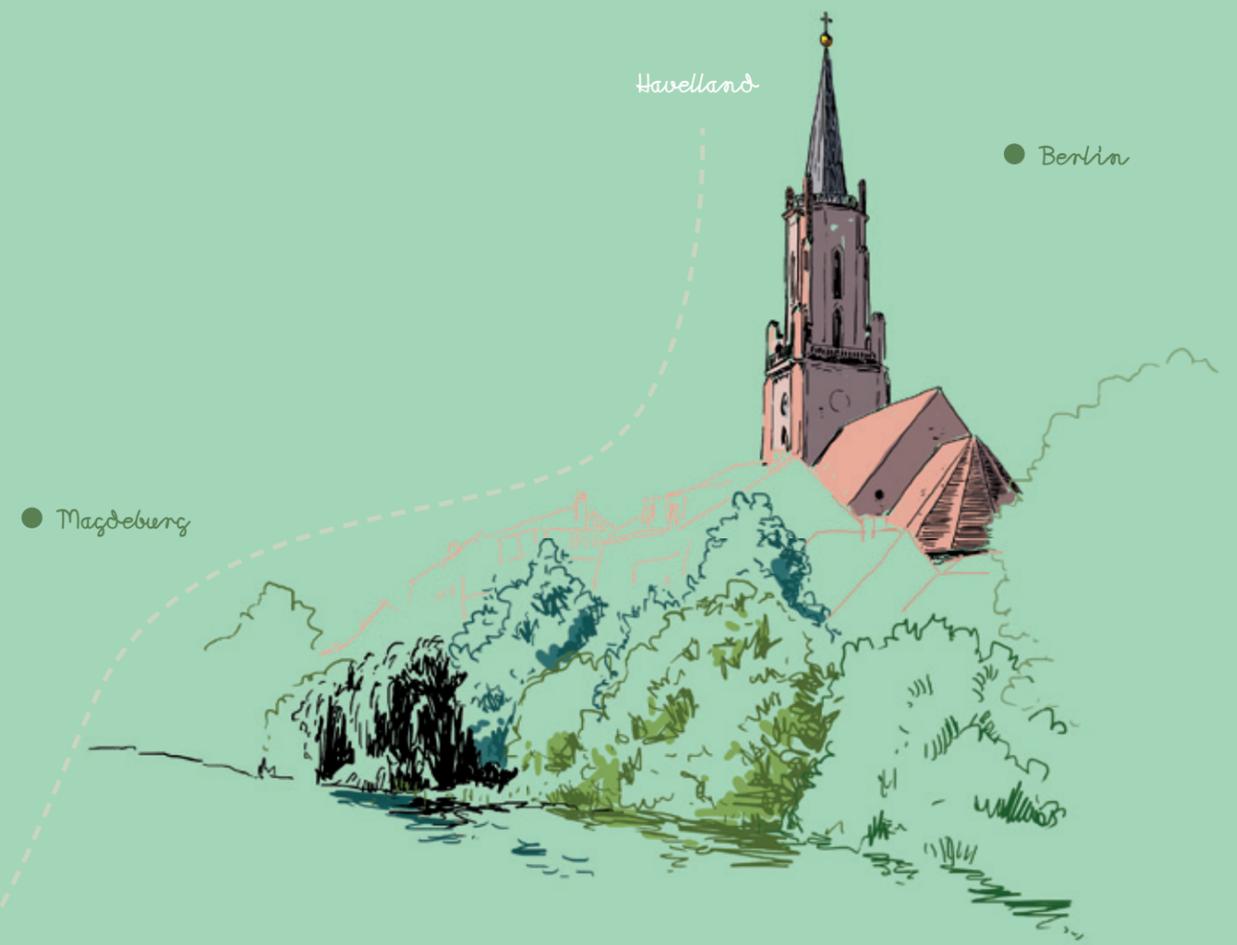


Es ist ein lauer Freitagmorgen. Die Vögel zwitschern und Fulda blüht gerade auf. Wir machen uns auf den Weg zur Tagesgeldstelle in der Weimarer Straße, um dort jemanden für ein Interview zu finden. Hier angekommen, treffen wir auf drei obdachlose Menschen. Nach einem kurzen Plausch erklärt sich Kai (*Name geändert*) für ein Interview bereit und läuft mit uns zum Haus Jakobsbrunnen.

Er ist hager, spricht langsam mit einem norddeutschen Dialekt und macht einen entspannten Eindruck auf uns. Auf dem Weg erzählt er, dass er ursprünglich aus Brandenburg kommt und seit Ende 2019 in Fulda lebt. Jetzt ist er 37 Jahre alt. Auf die Frage, wie er nach Fulda kam, antwortet er mit

„sagen wir mal, ich bin zufällig hier hängen geblieben“.

Wir setzen uns in den Garten auf zwei Bänke und beginnen mit dem Interview.



Seit wann bist du wohnungslos?

Eigentlich die ganze Zeit über, Ende 2019 bin ich von meinen Eltern abgehauen und hab zwischendurch mal 3 Monate ne Wohnung gehabt, aber das hat nicht gepasst... also das war ne WG gewesen und wir haben uns nicht verstanden.

Wieso bist du aus der WG raus?

Sag ma mal, die ham sich gegen mich verschworen, kurz nachdem ich draußen war, sind gleich ihre Verwandten eingezogen. Ja, ich schätze mal mit Absicht. Also mit WGs bin ich vorsichtig, dann lieber n Einzelzimmer.

Gab es einen Punkt, an dem dir der Satz „jetzt bin ich obdachlos“ vollkommen bewusst wurde?

Ja, ich hab das schon bewusst wahrgenommen in dem Moment wo ich abgehauen bin.

Hattest du da ein Ziel vor Augen?

Nein, einfach nur weg.

Wie ist das Leben auf der Straße so für dich?

Naja, nich einfach manchmal, aber eigentlich kommt man hin. Gibt Leute die gucken komisch, sag ma mal so. Lauter so ne Sachen.

Wie sieht ein Tag bei dir aus?

Morgens erstmal die nächste Toilette aufsuchen, **lacht** dann treffen wir uns da unten, oder ich geh mal Brote holen oben bei den Schwestern. An manchen Tagen passiert auch gar nichts, je nachdem wie man drauf ist.

Wo bekommst du dein Essen her?

Also ich krieg Geld vom Jobcenter auf mein Konto, damit kann ich mich versorgen und geh einkaufen.

Hast du einen „festen Schlafplatz“ oder wanderst du?

Ne, das wechselt, je nach dem wo ich gerade bin. Kann mal ne Tiefgarage sein, kann mal ne Bushaltestelle sein, is egal.

Hast du manchmal Angst, wenn du auf der Straße schläfst?

Nö, bis jetzt noch nicht, also ich bin ja nich der Kleenste von da her. **lacht** Bis jetzt hab ich noch keine schlechten Erfahrungen gemacht. Es gibt zwar Leute, die sagen „Sie dürfen hier nicht schlafen“, aber dann geh ich halt woanders hin.

Und was trägst du dann immer bei dir?

Meistens Wechselsachen und was zum Essen.

Was ist dein wertvollster Besitz?

es tritt eine kurze Stille ein

Nein, da fällt mir nichts ein.

Hast du noch Kontakt zu deiner Familie/Verwandten?

Familie selten. Mein Bruder ist im Gefängnis.

Da ist es wohl schwierig den Kontakt zu halten, oder?

Ja, das geht zwar mit Briefe schreiben, aber ist auch nicht so einfach. Ich hab jetzt ein Postfach im Haus Jakobsbrunnen, aber er weiß das noch nich.

Wie hast du das Haus Jakobsbrunnen kennengelernt?

Über Leute, die mir das erzählt haben.

Kommst du regelmäßig dort hin?

Ja, wenn ich ein Gespräch habe oder meine Post abhole.

Nimmst du auch Angebote wie Duschen und Wäsche waschen wahr?

Bis jetzt noch woanders gemacht, aber ich werde es die nächste Zeit hier machen.

Was motiviert dich morgens immer aufzustehen?

Dass es vielleicht mal besser wird.

Bei was wünschst du dir eine Verbesserung?

Ich wünsch mir erstmal ein kleines Zimmer und dann kann ich mich auf die Suche nach Arbeit machen. So bekomm ich auch wieder Struktur. Es gibt manchmal Tage, da ist man stundenlang unterwegs und dann gibt es wieder Tage da sagt man „ach, leckt mich am ~~Arsch~~“.

Unterwegs sein heißt für dich?

Durch Fulda laufen oder mit dem Bus fahren oder mal ein Fahrrad ausleihen, auch mal ein bisschen weiter weggucken.

Hast du eine Bindung zu Fulda und möchtest hier eine Wohnung finden?

Ja.

Gibt es Unterstützungsmöglichkeiten, die du dir von der Stadt Fulda wünschen würdest?

Ja, dass die n bisschen mehr bei der Arbeitssuche helfen. Ich habs schon über private Arbeitsvermittler probiert, aber naja, da kommt immer dasselbe raus.

Was bedeutet dasselbe?

Entweder brauchen sie ne Wohnung oder sie brauchen ne Arbeit um ne Wohnung zu kriegen, wie ein Teufelskreis einfach.

Und hast du eine abgeschlossene Ausbildung oder ähnliches?

Ja, ich bin gelernter Landwirt.

Möchtest du wieder in deinem alten Beruf arbeiten?

Ja, aber ich wär auch für was Neues bereit, aber darf nicht zu weit entfernt sein von dem ursprünglichen Beruf.

Wie, würdest du sagen, sind die Leute hier in Fulda?

Also die, die ich kennengelernt habe, sind zum größten Teil freundlich, gibt zwar auch Ausnahmen, aber naja.

Wie sind deine Erfahrungen mit fremden Menschen?

Also eigentlich recht positiv, na jut, es gibt natürlich auch einzelne, die sagen „eh guck mal die da an“, gibt aber auch viele, die einem Mal was zustecken, sag ma mal so.

Zum Schluss fragen wir ihn, ob er noch etwas für unsere Fuldaer Leser*innen loswerden möchte. Er überlegt kurz und antwortet:

„Sagen wir mal, es gibt ne hohe Dunkelziffer hier in Fulda, was Obdachlose betrifft. Die Leute sollten vielleicht mal mehr hinschauen und Hilfe anbieten, einfach mit offenen Augen durch Fulda gehen, denn die leben meistens so versteckt in irgendwelchen Winkeln.“



Wir gleiten auf glatt asphaltierten Straßen dahin, hängen unseren Gedanken nach, genießen unser Leben.

RUMMS - Schlagloch.

Wir schrecken hoch, der Puls auch. Doch nicht alles so glatt? Wie ein Schlagloch soll diese Rubrik wachrütteln und Missstände in unserer vermeintlich heilen Welt zeigen, und das ist manchmal ganz gut.

Ich komme aus dem Supermarkt, vor mir sitzt ein Obdachloser. Ich würde ihm ja mein Wechselgeld in den knittrigen Pappbecher werfen. Neben dem geschätzt Endfünfiger stehen aber zwei leere Bierflaschen. Kauft er sich von meinem Geld nur den nächsten Alkohol? Oder verwendet er es für etwas Sinnvolles? Ich zögere, stecke das Geld wieder ein und gehe weiter. Aber die Frage lässt mich nicht mehr los.

Was ist überhaupt „sinnvoll“ für eine*n Obdachlose*n? Was braucht er/sie? Und geht es mich überhaupt etwas an, was mit meinem Geld gemacht wird? Auch ich trinke gerne ab und zu ein Bier, manchmal auch mehr als eines. Ist das das Gleiche wie bei dem Herrn vor dem Supermarkt? Ist es nicht ziemlich anmaßend von mir, ihm eine Alkoholsucht zu unterstellen oder ihm indirekt sogar vorschreiben zu wollen, was er mit „meinem“ Geld kaufen darf?

Ein Wohnungsloser in Hamburg hat mir diese Situation vor einigen Jahren vergleichbar geschildert: Wenn ich ihm etwas geben will, dann sollte ich das ausschließlich aus dem Grund tun, weil ich etwas Gutes tun will. Sobald ich darüber nachdenke, wie das Geld vielleicht eingesetzt werden wird, werte und urteile ich ja schon über diesen Menschen. Aber vielleicht ist es ja gerade das Beste für den Obdachlosen, wenn er sich von meinem Geld eine Flasche billigen Alkohol kaufen kann, weil er starker Alkoholiker ist und es ihm ohne den Alkohol deutlich schlechter gehen würde. So würde ich jemandem etwas Gutes tun, etwas, das in meinem Weltbild nicht gut ist, für diejenige/denjenigen aber schon. Aber ich soll ihn ja auch nicht erziehen, sondern ich will ihm helfen.

Vielleicht überwiegt ja nach einigem Abwägen auch der Wille, ihm helfen zu wollen, aber eben nicht für Alkohol. Dann kaufe ich ihm einfach zwei belegte Brötchen, darüber freut er

sich bestimmt!? Aber woher weiß ich, dass er nicht heute schon fünf belegte Brötchen bekommen hat? Vielleicht ist er auch Vegetarier, mag keine Butter oder ist allergisch gegen Weizenmehl?

Ich könnte ihn auch einfach ansprechen und fragen, was er gerade dringend braucht. Oder ich lege ihm einfach meine 78 Cent in den knittrigen Pappbecher, denn wer bin ich schon, jemandem vorschreiben zu wollen, was gut für ihn/sie ist?

Wenn es um Spendenbereitschaft geht, sind wir ziemlich gut. Am leichtesten fällt es uns, wenn wir für etwas spenden, das wir nicht direkt sehen, aber das wir als gut (kontrollierbar) empfinden. Wenn wir beispielsweise für ein Aufforstungsprojekt im Regenwald spenden, dann tun wir etwas Gutes, auch wenn umgerechnet unser kompletter Spendenbetrag in Verwaltungskosten oder Öffentlichkeitsarbeit des Vereins fließt, und davon kein Cent in Pflanzen, Wasser oder andere vermeintlich wichtigere Dinge. Aber ohne unsere Spende würde es diesen Verein vielleicht gar nicht (mehr) geben. Und zurück zu dem Menschen vor dem Supermarkt: Ohne unsere Spende würde es diesem Menschen auch schlechter gehen, ganz egal ob er das Geld in Alkohol, in Brötchen, einen neuen Schlafsack oder in Bitcoins investiert.

„Helfen statt Erziehen“, das wäre also eine mögliche Überschrift für diesen Text. Möchte ich helfen, dann helfe ich – selbstlos und unkommentiert.

Obdachlos - in einer Pandemie

Anfang 2020, als Covid-19 uns alle ereilte, empfahl die Regierung, dringend zuhause zu bleiben. Soweit möglich. Ein Teil der Menschen in Deutschland konnte das nicht, manche Menschen haben kein Zuhause. Ein Blick auf Obdachlosigkeit aus pandemischer Sicht.



Schätzungen zufolge leben in Deutschland mindestens 50.000 Menschen auf der Straße. Die Dunkelziffer ist deutlich höher. Während von Anbeginn der Pandemie vor allem der Schutz alter und kranker Menschen im Raum stand, wurden obdachlose Menschen als Teil der Risikogruppe vernachlässigt oder gar vergessen. Dabei gehören sie auch dazu. Obdachlose Menschen sind in sehr vielen Fällen chronisch krank, meist multimorbide, haben Suchtprobleme und, risikobegünstigend, natürlich kein Zuhause als Möglichkeit sich zu isolieren. Andere wenige Länder widmen sich diesem Problem schon länger. Finnland beispielsweise erzielte riesige Erfolge mit dem Konzept „housing first“ (zuerst eine Wohnung, dann erst Bearbeitung von Suchtproblematik, Klärung von Finanziellem und Gesundheitlichem). Im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie fiel immer wieder ein Begriff, „Solidarität“. Privatpersonen, Unternehmen und Einrichtungen spendeten und halfen anderweitig, wo sie nur konnten. Auch in Fulda gab es viele Angebote, die sich an obdachlose Menschen und andere von Not Betroffene richteten. So gab es Gabenzäune zum Beispiel am Knotenpunkt des DRK und bei der Jugendkulturfabrik, in der Tagesstätte des Haus Jakobsbrunnen des Caritasverbands für die Regionen Fulda und Geisa e.V. gab es zwei Mal pro Woche warme Mahlzeiten, die Vinzentinerinnen gaben weiterhin belegte Brote aus. Und der vergangene Winter wurde mit dem HotTruck der Caritas überbrückt, bei dem täglich kostenlos warmes Mittagessen abwechselnd vor der Stadtpfarrkirche und dem Haus Jakobsbrunnen verteilt wurde.

Zu Beginn der Pandemie sah das anders aus. Viele Tagesstätten, Tafeln und andere Treffpunkte und Einrichtungen, die Menschen Halt und Struktur gaben, mussten schließen, aus Sorge um (ältere) Ehrenamtliche, Mitarbeiter*innen und auch die obdachlosen Menschen. Die allumfassende Versorgung brach damit für viele Menschen, die auf der Straße lebten, ein. Sanitäranlagen waren schwerer zugänglich, Einnahmequellen wie erbetteltes Kleingeld oder der Verkauf von Obdachlosenzeitungen fielen weg, Cafés und Treffs, die Essen und Trinken verteilten, schlossen ihre Tore. Hamsterkäufe sind schwer zu bunkern, wenn man kein festes Zuhause hat.

Dank vielen Engagierten besserte sich das Hilfsangebot für obdachlose Menschen aber doch recht schnell. Auch die Medien trugen dazu bei. Gruppen auf Facebook wie „Fulda hilft sich! Gegen Corona“ animierten Menschen dazu, selbst etwas beizutragen. Neben all der Hilfe, den Sach- und Geldspenden und der anderweitigen Unterstützung gab es jedoch auch immer wieder kritische Stimmen.

So übte die Stadt Frankfurt zum Beispiel an den in der Stadt aufgestellten Gabenzäunen Kritik. Diese waren nicht gerade übermäßig frequentiert und aus ethischer Sicht, so die Stadt Frankfurt, würden hilfebedürftige Menschen „geradezu genötigt, ihre Mittellosigkeit vor den Augen der Öffentlichkeit zu offenbaren“ (*Frankfurter Rundschau*). Auch aus hygienischer Sicht seien Gabenzäune kritisch zu sehen, da Lebensmittel zum einen bei höheren Temperaturen schnell verderben könnten und man zum anderen auch nie genau wissen könne, was denn nun wirklich in den Paketen sei. Viele Menschen stellten auch ihren Müll, Aussortiertes und Kaputtes an die Zäune. Bei gut gemeinten Sachspenden herrschte bisweilen die Denkweise vor, dass Obdachlose doch froh über jede Kleinigkeit sein könnten. Dass dazu keine löchrige Hose oder ein altes T-Shirt zählen sollte, war vielen wohl nicht klar.

Es fanden sich Gruppen von Menschen zusammen, die weder im sozialen Bereich tätig noch ausgebildet waren und trotzdem Kontakt mit teilweise traumatisierten und suchtkranken Menschen auf der Straßen suchten. Diese durchaus gut gemeinte Hilfe kann dabei aber auch ungeahnte negative Folgen haben. Es war fast, als wollten einige Menschen krampfhaft helfen und richteten durch ihr rein von ihrer eigenen Denkweise ausgehendes Bestreben nach Mitwirken mehr Schaden als Gutes an. Solidarität ist gut, blinder Aktionismus nicht unbedingt.

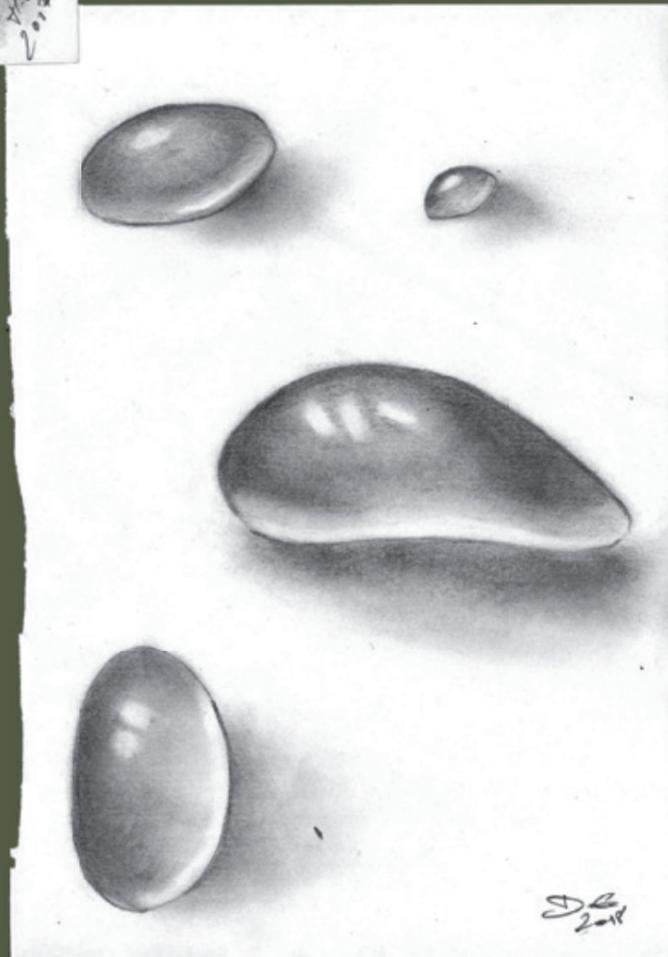
Durch blinden Eifer, Solidarität zu zeigen, wurden teilweise Einrichtungen der Wohnungshilfe mit Vorwürfen des „Nichts-Tuns“ konfrontiert und öffentlich angemahnt. Dabei sind sich die für Unterkünfte und Einrichtungen für Wohnungslose Zuständigen der Notlage sehr wohl bewusst und taten ihr Bestes, im Rahmen von Hygienevorschriften und notwendiger Sicherheit gegenüber Mitarbeiter*innen und Klient*innen, allen gerecht zu werden und zu helfen, wo Hilfe benötigt wurde. Hilfeleistung sah in diesem Kontext nämlich manchmal ganz anders aus als vielleicht erwartet. Wer helfen möchte, kann sich zum Beispiel bei entsprechenden Einrichtungen direkt informieren lassen, was, wo und wie Unterstützung gebraucht wird.

Zu Beginn der Pandemie und in den darauffolgenden Monaten fühlten sich einige Menschen dazu berufen, Obdachlosen zu helfen. Es wurde gespendet, Gabenzäune wurden aufgestellt, Menschen bekamen kostenloses Essen und Getränke, in der kalten Jahreszeit wurden Hotelzimmer, Unterkünfte, Decken und warme Kleidung organisiert. Diese Solidarisierung war im Herbst und Winter letzten Jahres auf dem Höhepunkt. Doch schon Anfang dieses Jahres sank die Solidarisierungskurve nach unten. Was zunahm, war die Entsolidarisierung. Viele Angebote gibt es nicht mehr und das Interesse an den Bedürfnissen obdachloser Menschen ist stark gesunken.

Obwohl deutschlandweit Masken, der Mund-Nasenschutz, eine ganze Zeit lang ein knappes Gut für obdachlose Menschen waren, waren die Wohnungslosen in Fulda damit recht gut versorgt und werden bei Bedarf weiterhin kostenlos damit ausgestattet.

Vergleichsweise schnell wurde die Impfung gegen Corona Menschen auf der Straße zugänglich gemacht. Mobile Impfteams waren und sind vielerorts unterwegs um Menschen, die weder in Notunterkünften noch in Wohnheimen für Obdachlose leben, die Chance zu geben, sich impfen zu lassen. Menschen, die auf der Straße leben und aus unterschiedlichen Gründen das bestehende Hilfesystem meiden, werden dabei ganz konkret miteingeschlossen. Auch in Fulda konnten viele Obdach- und Wohnungslose schon im Frühling auf freiwilliger Basis geimpft werden und das Angebot wurde rege genutzt.

In den letzten eineinhalb Jahren gab es viele Ideen, Hilfsangebote und Unterstützung für Menschen, die auf der Straße leben. Der Großteil davon kam von Privatpersonen und schon bestehenden Einrichtungen. Wo die Regierung ihre Aufgabe konkret in diesem Bereich sieht, ist und bleibt fragwürdig. Sicher ist, dass Obdachlose keine große Lobby haben. Die Schutzmaskenaffäre (mangelhafte Masken sollten an Obdachlose und Menschen mit Behinderung verteilt werden) um Jens Spahn (Gesundheitsminister) und die bis heute unzureichende finanzielle Unterstützung wohnungs- und obdachloser Menschen in der Pandemie unterstreicht dies nur. In künftigen Krisen bleibt also erst einmal weiterhin auf die Solidarität der Bürger*innen und den unermüdlichen Einsatz von Mitarbeiter*innen im sozialen Bereich zu hoffen.



David

Alter: 39

Seit vielen Jahren Klient in der Wohnungslosenhilfe. Er verarbeitet seine Emotionen in Form von Skizzen und Zeichnungen.

Wie gehen obdachlose Menschen mit der Ausgangssperre um?

Durch die Ausgangssperren sollte die Ausbreitung des Corona-Virus reduziert werden. Nur bei einem triftigen Grund war es möglich, sich während der nächtlichen Ausgangssperren außerhalb der Wohnung aufzuhalten. Bei Verstößen drohten Bußgelder. Doch was machen Obdachlose, die keine Unterkunft aufsuchen möchten, da sie sich dort evtl. nicht wohlfühlen? Sie können dann nicht zuhause bleiben, da sie keine eigene Wohnung haben und müssen sich weiterhin draußen aufhalten.

Wir konnten mit Frau Ramona Gärtner, der Leiterin der Ordnungsabteilung in Fulda, sprechen. Uns hatte interessiert, wie das Ordnungsamt mit obdach- und wohnungslosen Menschen umging, die möglicherweise aufgrund ihrer Situation nicht die Möglichkeit hatten, sich an die nächtliche Ausgangssperre zu halten. Unsere Befürchtung war, dass diese Menschen möglicherweise noch sanktioniert werden könnten, obwohl ihre Lebenssituation ihnen das Einhalten der Ausgangssperre kaum möglich macht.

Frau Gärtner teilte uns im Gespräch mit, dass es in Fulda keine Fälle gegeben habe, in denen es zu Problemen durch die Ausgangssperre im Zusammenhang mit obdachlosen Menschen kam.

“Uns sind die obdachlosen Menschen der Stadt Fulda ja soweit bekannt. In der Regel sind sie bereits an Institutionen der Obdachlosenhilfe angedockt und haben Zugang zu Schlafunterkünften. Wir stehen in engem Kontakt mit dem Haus Jakobsbrunnen und anderen Hilfeinrichtungen der Obdachlosenhilfe. In einem solchen Fall hätten wir diese Personen wohl eher zu diesen Einrichtungen fahren können, damit sie dort aufgenommen werden können. Die größere Schwierigkeit zu dieser Zeit waren eher die niedrigen Temperaturen im Winter. Verletzungen der Ausgangssperre durch obdachlose Menschen waren da für uns nicht das Problem.”

Dies konnte uns auch von Frau Siuda von der Wohnungslosenhilfe Haus Jakobsbrunnen des Caritasverbandes der Region Fulda und Geisa e.V. bestätigt werden. Auch hier waren keine Fälle bekannt, in denen Obdachlose sanktioniert worden wären, weil sie gegen die nächtliche Ausgangssperre verstoßen hatten. Auch hier weiß man, dass die obdachlosen Menschen der Stadt Fulda den Ordnungskräften bekannt sind und sie sich im Zweifelsfall an die Hilfsorganisationen wenden könnten.

Das Straßenmagazin „Hinz & Kunzt“ aus Hamburg hat diesbezüglich mit der Sozialsenatorin Melanie Leonhard (SPD) gesprochen. Für die Stadt Hamburg wurde eine Regelung gefunden, in der obdachlose Menschen so weit von der Ausgangssperre ausgenommen sind, wenn sie sich zu den Sperrzeiten soweit möglich an ihrem Schlafplatz aufhalten und sich möglichst nicht von diesem entfernen. Außerdem haben sie auch nachts die Möglichkeit, Hilfsangebote wie zum Beispiel den Mitternachtsbus in Anspruch zu nehmen.



Das „neue Normal“

Die Folgen der Covid-19-Pandemie für wohnungslose Menschen

Wir alle spüren die Folgen der Covid-19-Pandemie seit über einem Jahr in unserem Alltag, sind indirekt gezwungen, unsere Lebensgestaltung danach auszurichten. Eine derartige Krise trifft die ohnehin schon benachteiligten Menschen in unserer Gesellschaft besonders schwer - dazu gehören auch wohnungslose Menschen. Diese lassen sich (1) in Personen, die zwar eine Wohnung besitzen, jedoch von Wohnungslosigkeit bedroht sind und (2) in Menschen, die tatsächlich über keine Wohnung verfügen und bei Freunden oder Bekannten unterkommen, untergliedern. Genaue Zahlen gibt es nicht, weder über die Gesamtzahl wohnungsloser Menschen in Deutschland, noch über die genauen Zahlen von mit dem Coronavirus Infizierten.

„Man kann nirgendwo hin. Man vereinsamt.“

Ingrid, Besucherin einer Tagesstätte für wohnungslose Menschen

Mit diesen Worten beschreibt Ingrid das vergangene Jahr. Seit beinahe zehn Jahren hatte sie denselben Tagesablauf, pendelte zwischen Suppenküche (Essensausgabe für bedürftige Menschen), Tagesstätte und diversen anderen Aufenthalts- und Treffpunkten. Covid-19 nahm ihr von heute auf morgen diesen geregelten Tagesablauf, sie musste sich an ein „neues Normal“ mit bisher unbekanntem Herausforderungen gewöhnen. Mit Beginn der Pandemie wurden die ohnehin begrenzten Möglichkeiten der Pflege sozialer Kontakte für Wohnungslose massiv reduziert, da viele Tagesaufenthaltsstätten lediglich ein verringertes Angebot zur Verfügung stellen konnten oder ganz geschlossen wurden. Suppenküchen mussten ihr Angebot ebenfalls den Bedingungen anpassen, indem sie das Essen nur noch durch ein Fenster ausgeben und keine Sitzplätze mehr bereitstellen konnten. Dadurch verloren die Mitarbeiter*innen jener Anlaufstellen den Zugang zu den wohnungslosen Menschen und bekamen deren Sorgen und Probleme nicht mehr oder nur durch Zufall mit. Für die Betroffenen eine Möglichkeit weniger, niedrigschwellig an Hilfe zu gelangen.

Der Zugang zu Hilfe wurde zusätzlich dadurch erschwert, dass Beratungen und Angebote, wie Selbsthilfegruppen oder Therapien, zum größten Teil nur noch online stattfanden. Ein Betroffener gab in einem Interview an, dass er sein Datenvolumen auf dem Smartphone so gut es geht aufspare, um online an Selbsthilfegruppen teilnehmen zu können. Die Pandemie trägt zur Verlangsamung der Bereitstellung von Unterstützung bei, die Menschen hängen beispielsweise beim Einreichen von Anträgen oder bei der Terminvergabe durch öffentliche Stellen und Einrichtungen länger im Übergang fest – dem Übergang von Hilfebedürftigkeit zu einem steigenden Maß an Selbstständigkeit.

„Aufstehen, Kreuzworträtsel, Fernsehen, Kreuzworträtsel, Fernsehen – das ist mein Tag.“

Ingrid

Sowohl Ingrid als auch Jürgen, der an eine Beratungsstelle für wohnungslose Menschen angebunden ist, haben in ihrem neuen Alltag mit Lustlosigkeit und Langeweile zu kämpfen. Beide leben alleine in ihrer Wohnung, anders als die meisten von uns, die mit Partner*in, Familie oder Freund*innen zusammenleben, haben sie niemanden, mit dem sie sich austauschen können. Fernseher, Computer und Radio sorgen für ein Mindestmaß an Kontakt zur Außenwelt. *„Den ganzen Tag fernsehen kann ich nicht, wer soll denn dann die Stromrechnung bezahlen?“*, deswegen wurde Schlafen zu Jürgens neuem Zeitvertreib.

Die Covid-19-Pandemie trägt auch dazu bei, dass wohnungslose Menschen vermehrt auf der Straße wahrgenommen werden, jedoch mit negativen Folgen für die Betroffenen. Für große Teile unserer Gesellschaft stellt Wohnungslosigkeit hier einen Indikator für ein besonders hohes Infektionsrisiko mit dem Coronavirus dar. Wohnungslose fühlen sich „als ob sie besonders verseucht wären“, da ihnen viele mit einer Vermeidungshaltung begegnen.

Doch Ingrid kann den Auswirkungen der Krise auch etwas Positives abgewinnen. Sie erzählt, sie habe es genossen, dass die Stadt nicht mehr so voll gewesen sei. Sie konnte erstmals gemütlich durch die Stadt schlendern ohne sich durch hektische und unruhige Menschenmassen schlängeln zu müssen. Nicht nur das Tragen der Maske, sondern auch die anderen Beschränkungen stellten für sie keine Hürde dar. Ihr sei es von Beginn an wichtig gewesen, sich an diese zu halten. Im Endeffekt sei das alles nur eine Kopfsache, der Mensch könne sich als Gewohnheitstier auf fast alles einstellen.



Feindliche Architektur



„Feindliche Architektur“ bedeutet, dass bestimmte Menschen aus dem öffentlichen Raum ausgeschlossen werden. Es gibt Sitzmöglichkeiten, die durch ihre Beschaffenheit mit Absicht unbequem gemacht wurden und dadurch nicht zum längeren Verweilen einladen. Für Obdachlose gestaltet es sich dann schwierig, Schlafplätze zu finden, welche vor eventueller Bodenkälte oder Nässe schützen. Für sie ist es praktisch unmöglich eine bequeme Liegeposition einzunehmen, wenn Bänke beispielsweise verkürzt oder abgerundet sind. Auch durch Armlehnen kann ein Liegen unmöglich gemacht werden.

Bei genauerem Hinschauen und Testen der Sitzmöglichkeiten ist uns aufgefallen, dass Fulda zwar viele davon hat, aber nicht alle einladend sind. Wenn man etwas länger verweilen möchte oder sogar übernachten will, bietet Fulda gerade in der Innenstadt wenig Möglichkeiten.

Wir haben zudem einen Blick auf Frankfurt geworfen, um es mit Fulda zu vergleichen. In Frankfurt konnten wir schneller „feindliche Architektur“ erkennen, das erklären wir uns damit, dass Frankfurt eine höhere Obdachlosendichte aufweist.

Jeder Mensch hat das Bedürfnis, sich einmal auf einer Bank auszustrecken oder sich auszuruhen.

Wir finden, es ist der falsche Weg Ruhe- und Schlafmöglichkeiten aus dem öffentlichen Raum komplett zu entfernen. Jeder sollte die Möglichkeit haben, Entspannung und Erholung zu finden.



Bei einem Stadtrundgang durch Fulda waren wir auf der Suche nach feindlicher Architektur. Aber was ist das eigentlich? Auf dem ersten Blick erschien alles ganz gemütlich und einladend.

In den vergangenen Jahren häuften sich Videos auf der Internetplattform YouTube, in denen obdachlose Menschen unter anderem ihre Geschichte erzählen, von Influencern/YouTubern Geld oder sogar ein sogenanntes Umstyling erhalten. Doch stellt sich mir die Frage, inwiefern diese Videos der Aufklärung dienen und inwieweit obdachlose Menschen einfach nur für Aufrufzahlen und für die Sensationsgier der Konsumenten herhalten müssen.

Obdachlose

Der YouTuber „TomSprm“ veröffentlichte im Herbst 2020 ein Video mit dem Titel „Für was entscheidet sich ein Obdachloser? Alkohol oder Essen?“. Dieses Video hat inzwischen über 760.000 Aufrufe und fast 2.000 Kommentare. In dem Video zu sehen sind mehrere obdachlose Menschen, die sichtlich unter dem Einfluss von Alkohol oder Drogen stehen. Der YouTuber bietet diesen Menschen Essen oder Alkohol an. Wenn sie die laut dem YouTuber „richtige“ Antwort geben (also Essen), bekommen diese noch 5 Euro zusätzlich. Im Laden, in dem der YouTuber das Essen und den Alkohol kauft, steht dieser vor der Alkoholabteilung und nimmt einige kleine Flaschen Vodka heraus mit den Kommentar, so etwas sei doch das Getränk, das „die“ meistens trinken. Dann kaufen sie noch Baguette, Bananen, Maiswaffeln, Schokolade, Wurst und Wasser. TomSprm macht sich dann auf den Weg, bietet insgesamt 15 Menschen Essen oder Alkohol an. 4 dieser Menschen entscheiden sich für den Alkohol, vier schicken ihn weg und die restlichen sieben entscheiden sich für Essen. YouTuber Tom sieht bei jeder Entscheidung für Alkohol suggestiv in die Kamera und kommentiert die Entscheidungen abwertend. Am Ende hat er noch eine unerfreuliche Begegnung mit einem Mann, der ihn anschreit, woraufhin er, sichtlich perplex, nicht versteht, warum er diesen Gegenwind bekommt, wo er doch nur „lieb“ ist. Das Video besteht aus dem Bloßstellen und Vorführen suchtkranker Menschen.

Videos wie dieses bringen vor allem eines: viele Aufrufzahlen und „Gefällt mir“-Klicks. YouTuber tun etwas vermeintlich Gutes für Menschen in Not, schenken ihnen Geld, Essen oder Kleidung. In den allermeisten Fällen wird währenddessen ohne das Einverständnis der betroffenen Menschen die Kamera draufgehalten und die Personen werden in schwierigen Umständen gezeigt, beispielsweise unter dem Einfluss von Alkohol oder Drogen stehend, beim Konsumieren dieser Suchtgüter, auf dem Boden sitzend, taumelnd, offene und wund Körperstellen werden gefilmt. Noch hinzu kommt, dass Menschen in vielen Fällen an ihren aktuellen Schlaf- bzw. Wohnplätzen gefilmt werden. Oftmals ist ein fester Schlafplatz der einzige Rückzugsort für obdachlose Menschen. Diesen zu veröffentlichen kann fatale Folgen haben. Zu oft gab es Fälle, in denen Schlafplätze mutwillig abgebrannt oder gezielt aufgesucht wurden. Außerdem wird damit das letzte Stückchen Privatsphäre genommen.

Menschen auf YouTube – ehrliche Hilfe oder Ausbeutung?

In den letzten Jahren tauchten auch immer mehr Videos auf, in denen obdachlose Menschen in 10- bis 20-minütigen Videos ihre Geschichte erzählen. Positiv daran ist, dass man dadurch mehr Einblick in die individuellen Schicksale bekommt, die zu einem Leben auf der Straße führen können. Dies kann empathie- und verständnisfördernd sein. Doch auch diese Videos sind hochgradig problematisch. Frauen und Männer aller Altersgruppen teilen hochemotionale, traumatisierende Geschichten mit den Zuschauern. Themen wie Vergewaltigung, Missbrauch, Sucht, Prostitution und Gewalt jeglicher Art sind in hohem Maße präsent. Da die gefilmten Menschen in fast allen Fällen unter dem Einfluss von Drogen stehen, stellt sich die Frage, wie freiwillig diese Geschichten wirklich geteilt werden. Wollte man eventuell dem Leben auf der Straße entfliehen, wäre es wohl auch nicht von Vorteil, ein solches Video von sich inklusive Namen online zu wissen. Ein zukünftiger Arbeitgeber oder Vermieter wäre unter Umständen abgeschreckt. Diese Videos werden außerdem nicht von geschulten, ausgebildeten Sozialarbeiter*innen oder Betreuer*innen im psychosozialen Bereich begleitet. Es sind augenscheinlich Menschen, die außerhalb dieses Arbeitsfeldes stehen. Im Vergleich zu Menschen, die ihre Biographien veröffentlichen, dann auf den Spiegel Bestseller-Listen stehen, in Talkshows eingeladen werden und dann Geld auf dem vorhandenen Konto sehen, bekommen obdachlose Menschen, die ihre Geschichte teilen, am Ende der Videos etwas Geld, Socken oder andere Kleinigkeiten. Wenn überhaupt.

Die mediale Darstellung und vor allem Ausbeutung obdachloser Menschen in dieser Form steht einer ehrlichen und nachhaltigen Hilfe diametral entgegen. Wer helfen möchte, kann auch im Kleinen anfangen. Es ist vollkommen in Ordnung, den Menschen Geld ohne Erwartungen zu geben. Genau wie jeder andere Mensch können auch Obdachlose entscheiden, wie ihr Geld am besten angelegt ist. Die individuellen Bedürfnisse dürfen genau das sein: Individuell.

Bahnhofsmissionen, Wohnungslosenhilfen sowie andere Einrichtungen freuen sich über ehrenamtliche Hilfe, die auch in geringer Stundenzahl geleistet werden kann. Denn Hilfe und Engagement kann sehr vielseitig und gewinnbringend für beide Seiten sein.

Ernährung am Rande der Gesellschaft

Wenn ich Lust auf ein Eis, ein Schnitzel oder Spargel habe, dann kaufe ich es mir einfach. Ich sehe mich als Teil des privilegierten Mittelstandes. Ich gehe zum Metzger um die Ecke, weil ich gerne Fleisch esse, aber keine Massentierhaltung unterstützen möchte. Ich plane wöchentlich, was ich in der kommenden Woche zubereiten möchte und kaufe dementsprechend ein. Meine Freund*innen leben teilweise vegetarisch oder vegan. Aus Überzeugung. Und das ist toll! Es ist wunderbar, wenn man sich freiwillig dazu entscheiden und es ausleben kann. Doch was ist mit den Menschen, die das nicht können? Mit Menschen, die ein geringes Einkommen haben und Menschen, die wohnungslos sind?

Um Antworten auf diese Fragen zu bekommen, ging ich in die Bahnhofsmision und führte mit der Vorsitzenden der Bahnhofsmision Fulda ein Gespräch.

Jede*r kam bestimmt schon einmal mit der Bahnhofsmision in Berührung. Und sei es nur, wenn man auf dem Weg zum richtigen Gleis daran vorbeigelaufen ist. Aber für was und wen die Bahnhofsmision alles zuständig ist, wissen die Wenigsten. Neben aufsuchender Arbeit am Bahnsteig, Umstiegshilfen und „Kids on Tour“ liegt die Hauptarbeit in der Betreuung und Verpflegung ihrer Gäste. Generell richtet sich die Bahnhofsmision an alle Menschen. Dennoch kommen sehr wenig Reisende in die Bahnhofsmision, sondern eher Menschen, die „durchs soziale

Netz gefallen sind“. Menschen ohne Obdach, Menschen mit wenig Geld, Menschen mit diversen Problemen. Für die Betroffenen ist die Bahnhofsmision strukturgebend. Sie verbringen dort mehrere Stunden am Tag, bekommen Essen und Trinken, treffen Bekannte und können sich somit versorgen.

Aber was bekommen sie? Und vor allem, was wollen und brauchen sie? Besonders wichtig für Menschen ohne Obdach ist, dass sie sich hochkalorisch ernähren. Das bedeutet, möglichst schnell an viel Energie zu kommen. Somit wird viel Zucker und viel Deftiges konsumiert, zum Beispiel wird in den ohnehin schon süßen Eistee noch zusätzlich Zucker geschüttet.

Das tägliche Angebot an Essen und Trinken in der Bahnhofsmision umfasst Kaffee, Tee und Eistee sowie geschmierte Brote. Diese sind wahlweise mit Käse, Schmalz, Salami oder Marmelade belegt oder bestrichen. Dabei wird selbstverständlich auf jede Ernährungsform, wie beispielsweise halal, vegetarisch oder vegan, Rücksicht genommen und dafür soweit es geht ein Angebot geschaffen. Seit der Corona-Pandemie ist der Aufenthaltsraum geschlossen. Somit werden die Brote nun in Brottütchen gepackt, an der Tür abgeholt und draußen verzehrt.

Warme Speisen stehen eher seltener auf dem Programm. Eine warme Mahlzeit ist dann meist ein Eintopf, da er sich einfach verteilen lässt. An Weihnachten gab es zum Beispiel einen Gänsebraten, den freiwillige Spender*innen kochten. Das Ziel der Bahnhofsmision ist es, in Zukunft regelmäßig warmes Essen anbieten zu können. Da sich die Bahnhofsmision über Spenden finanziert, ist das komplette Essen für ihre Gäste kostenlos.

Neben den täglichen Angeboten steht die Bahnhofsmision in Kooperation mit Tegut und erhält dreimal die Woche Lebensmittel von ihnen. Das sind Lebensmittel, die nicht mehr verkäuflich sind, weil die Banane „zu krumm“ oder das Mindesthaltbarkeitsdatum knapp überschritten ist. An diesen Tagen kommen ganz unterschiedliche Menschen in die Bahnhofsmision, um sich die Lebensmittel abzuholen. Es sind nicht nur Menschen, die kein Obdach haben. Es sind auch Menschen, die ein sehr geringes Einkommen haben und sich darüber freuen, auch mal Erdbeeren, gute Wurst oder ähnliches zu bekommen, da sie sich solche Lebensmittel normalerweise nicht leisten können. Das gespendete Essen liegt auf einer Theke und die Gäste können sich aussuchen, was sie haben möchten.

Es ist großartig, dass Lebensmittel von Tegut gespendet werden und die Bahnhofsmision Essen sowie Trinken für die Bedürftigen bereitstellen kann. Dennoch sollte deutlich sein, dass die Betroffenen nicht frei in ihrer Entscheidung sind, was sie gerne essen möchten. Sie müssen das nehmen, was ihnen angeboten wird.

Im Vergleich zu mir, die sich das Essen kaufen kann, auf das sie gerade Appetit hat, ist das doch ein ganz anderes Leben. Nun nehme ich mir vor, meinen Kaffee auch mal bei der Bahnhofsmision zu trinken und dafür etwas mehr zu zahlen. Ihre Arbeit ist wirklich gut und so hilfreich!

Bedingungsloses Wohnen für Obdachlose

Housing First (Wohnen zuerst) wurde vom New Yorker Sam Tsemberis entwickelt. Das Konzept richtet sich an langjährige Obdachlose mit verschiedenen Problemen, z.B. einer psychischen Erkrankung oder einer Drogenabhängigkeit. Bei *Housing First* erhalten diese eine Wohnung sowie intensive Betreuung und Unterstützung.

In der Praxis der Wohnungsnotfallhilfe in Deutschland scheitern derzeit Maßnahmen zur Reintegration von Menschen aus der Obdachlosigkeit häufig aus zwei Gründen:

- » Das Handlungsfeld der Wohnungsnotfallhilfe ist in der Bundesrepublik Deutschland von nieder- zu hochschwelligen Angeboten gestuft organisiert. Das heißt, dass die ersten Angebote noch extrem geringe Erwartungen an die wohnungslosen Menschen stellen, um überhaupt einen Zugang zu ihnen zu erhalten und diese Erwartungen während der Hilfeprozesse zunehmen. So sind für die betroffenen Menschen explizit wiederholte Umzüge zwischen verschiedenen Wohnformen vorgesehen: Beispielsweise von einer Notschlafstelle zum Übergangswohnen und dann in die eigene Wohnung. Dieses Stufensystem schafft wiederkehrende Veränderungen, damit verbundene Wartezeiten zwischen den Angeboten verschiedener Träger sowie jeweils neue Zeiten der Anpassung an Regelungen, Verfahren etc. Die Forschung zeigt: Mit der Vielzahl an Übergängen zwischen verschiedenen Institutionen steigt aus unterschiedlichen Gründen auch die Gefahr des Scheiterns. Gleichzeitig endet in diesem bisherigen Modell mit einer eigenen Wohnung auch die Unterstützung, sodass die Betroffenen unmittelbar in einer neuen Lebenssituation alleine ‚funktionieren‘ müssen. Bis zum Zeitpunkt des eigenständigen Wohnens waren alle Hilfen in der Wohnungsnotfallhilfe begleitend ausgelegt, sodass eine völlig neue Lebens- und Wohnsituation ohne jede begleitende Rahmung in die plötzliche und einsame Selbständigkeit führt. Dies kann nur unter der Prämisse gelingen, dass der betroffene Mensch ein extremes Höchstmaß an individueller Strukturiertheit mitbringt. Gerade dies ist allerdings aufgrund der Lebensumstände in der Wohnungslosigkeit eher selten. Insofern lässt sich hier ein grundlegender Systemfehler mit erheblichen Folgen für die Adressat*innen identifizieren.
- » Ein zweiter Grund für das Scheitern der bisher gängigen Praxis liegt in der Tatsache, dass Betroffene zunächst ihre ‚Wohnfähigkeit‘ unter Beweis stellen sollen und damit Hilfen über lange Zeiträume und verschiedene Einrichtungsarten (z. B. Unterkünfte, Trainingswohnungen) durchlaufen werden müssen. Oftmals ist die Zurverfügungstellung von Wohnraum an die Erfüllung von Auflagen und Wohlverhalten gekoppelt. Ein wichtiger Forscher in diesem Bereich, Volker Busch-Geertsema, sagt: „Das Problem dabei besteht darin, dass der stufenweise Aufstieg häufig scheitert, ‚Abstürze‘ nicht selten sind und die vorgesehenen Aufstiegsmöglichkeiten oft blockiert sind. Aus der intendierten ‚Stufenleiter zur Integration‘ wird allzu häufig eine Rutsche in die Ausgrenzung. Drehtüreffekte sind nicht selten und es findet sich ein ‚Kern‘ von Frequent Flyers, Wohnungslosen, die auf längere Dauer im Hilfesystem verbleiben und sich von einer Einrichtung und Notlösung zur nächsten bewegen (oder bewegt werden) ohne Chance auf die Versorgung mit einer normalen Wohnung“. Der Aufstieg in ein normales Mietverhältnis scheitert häufig daran, dass auf dem normalen Mietmarkt keine Wohnungen vorhanden sind. So droht die erneute Wohnungslosigkeit. Auch sind solche Wohnraumformen häufig zeitlich befristet.

Das Konzept *Housing First* findet als Gegenmodell zu diesen üblichen und oft mit Scheitern verbundenen Wegen, Hilfe in der Wohnungsnotfallhilfe zu organisieren, seit den neunziger Jahren in zahlreichen Ländern Beachtung.

Als Pionier des *Housing-First*-Ansatzes gilt die Organisation *Pathways to Housing*. Dort wandte Sam Tsemberis den Ansatz in dem genannten Projekt erstmals in den 90er Jahren in New York an und konzentrierte sich dabei ausschließlich auf Wohnungslose mit psychischen Erkrankungen und Suchtmittelmissbrauch. Sam Tsemberis hat dabei acht Grundprinzipien für die Implementierung des *Housing-First*-Ansatzes formuliert:

- » Wohnung als Grundrecht (*Wohnfähigkeit ist keine Voraussetzung, aber ein wöchentlicher Hausbesuch oftmals verpflichtend*)
- » Respekt, Wärme und Mitgefühl für alle Adressat*innen
- » Hilfestellung so lange, wie Hilfe benötigt wird
- » Dezentraler Individualwohnraum (*nicht mehr als 20 % pro Häuserblock*)
- » Trennung von Wohnung und Unterstützung
- » Wahlmöglichkeiten und Selbstbestimmung
- » Orientierung auf den Heilungsprozess
- » Schadensminimierung; akzeptierender Ansatz

Wichtig ist Tsemberis (2010), dass er immer wieder die Berücksichtigung der Präferenzen der ehemals Wohnungslosen hervorhebt, was Auswirkungen in so ausgelegten Projekten auf die Wohnungsauswahl, die Möblierung, die Arbeit an persönlichen Zielen, die zeitliche Gestaltung und die Inhalte der persönlichen Unterstützung hat. Für die besonders schwer psychisch Beeinträchtigten empfiehlt er einen spezifischen Hilfeansatz (Assertive Community Treatment) durch ein multidisziplinäres Team und für weniger stark Beeinträchtigte sowohl das Intensive Case Management wie auch andere evidenzgeprüfte Unterstützungsmethoden (wie z. B. Motivational Interviewing, Integrated Dual Disorders Treatment, Wellness Management etc.).

Aktuell gibt es deutschlandweit nur drei das *Housing-First*-Konzept eng auslegende Projekte (Meyer 2020). Kein *Housing First* sind Hilfeansätze,

- » die das Durchlaufen vorgeschalteter Stufen und ‚Wohnfähigkeit‘ als Aufnahmevoraussetzung verlangen,
- » die Abstinenz, Teilnahme an Therapien oder die Mitwirkung an Hilfeplänen zur Voraussetzung für die Aufnahme und den Verbleib in der Wohnung machen (wobei in dem ursprünglichen Modell die Verpflichtung zur Akzeptanz eines wöchentlichen Hausbesuchs aber als kompatibel angesehen wurde),
- » die eine Frist vorsehen, nach der die Wohnung wieder verlassen werden muss, wenn sich der Hilfebedarf verringert hat oder Hilfen auslaufen (wodurch der Normalisierungsprozess gehemmt und die Motivation geschwächt wird, weil keine Bleibeperspektive besteht),
- » die zwangsgemeinschaftliches Wohnen und Wohnformen vorsehen, bei denen Küche oder sanitäre Anlagen geteilt werden müssen, und/oder
- » bei denen Vermietung und Betreuung unmittelbar miteinander verknüpft sind.

Der Kerngedanke des Konzepts *Housing First* ist zusammenfassend ein „Recht auf Wohnen ohne Vorbedingungen“. Im Gegensatz zu herkömmlichem betreuten Wohnen entkoppelt *Housing First* explizit das Mietverhältnis vom Unterstützungsangebot und setzt für das Beziehen der eigenen Wohnung keine Bewährung in stufenweise vorangehenden Hilfemaßnahmen und keine Bereitschaft zu Abstinenz, Therapie, beruflicher Eingliederung oder anderen vereinbarten Hilfezielen voraus. Die Adressat*innen erhalten unmittelbar einen Wohnraum mit einem eigenen Mietvertrag. Gleichzeitig machen Fachkräfte ein ständiges offensives Angebot zum Kontakt, zur vielfältigen individuellen Unterstützung und zur Anbindung an andere verfügbare Unterstützungssysteme.

Streetart als Instrument zur Partizipation?

Wer schon einmal durch Berlin/Prenzlauer Berg, Dresden/Äußere Neustadt oder Hamburg/Schanzen- oder Karo Viertel gelaufen ist, konnte den bunten Wänden, beklebten Ampelpfosten und besprayten Stromkästen eigentlich gar nicht entgehen. Dagegen ist Fulda ziemlich farblos. Liegt es daran, dass wir kein richtiges „Szeneviertel“ haben? Oder – nimmt man an, dass Graffiti und Streetart eine Form von Protest an bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen ist – ist in Fulda einfach alles in bester Ordnung und es gibt nichts zu kritisieren? Dabei ist doch gerade diese Form der Kunst eine fantastische Möglichkeit, mit Augenzwinkern, Ironie oder dem Holzhammer zum Nachdenken anzuregen.

Streetart, die Kunst im öffentlichen Raum – der Versuch einer Annäherung.



Das Konzept *Housing First* wurde bereits intensiv in der Wohnungsnotfallhilfe diskutiert und in der empirischen Forschung zeigt es in der Arbeit mit obdachlosen Menschen große Erfolge. Seit rund zehn Jahren finden weltweit, vor allem in großen Städten und hier insbesondere im angloamerikanischen Raum sowie in Finnland, erfolgreich Pilotprojekte zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit statt, die Wirksamkeit wird mit einem Erfolg bei acht von zehn Teilnehmenden angegeben. Ähnliche Erfolgsquoten gab es in durch die EU geförderten Projekten in Belgien, Irland oder Portugal.

Außerdem senkt *Housing First* Kosten, indem die Zahl der Gefängnis- und Krankenhausaufenthalte der ehemals Obdachlosen verringert wird. Hierzulande wird das Konzept bisher nur in wenigen Städten umgesetzt. Insbesondere ist der Wohnungsmangel in deutschen Städten für *Housing First* eine Herausforderung. Abgesehen davon stellt sich die Frage, wie es nach dem Einzug in eine Wohnung für die Person weitergeht.

Zusammenfassend ergänzt *Housing First* das bisherige Stufenmodell. Es bekämpft erfolgreich Wohnungslosigkeit, wird jedoch nicht alle Probleme in diesem Bereich lösen können.

„Kunst im öffentlichen Raum“ als Begriff entstand bereits in der Nachkriegszeit, genauso wie „Kunst am Bau“. Häufig entstand aber Unmut über die oft von öffentlicher Hand vergebenen/geplanten Kunstaktionen: Die Bürger*innen fühlten sich bevormundet, verstanden die Kunstwerke nicht oder konnten die schnell kolportierten hohen Kosten der Denkmäler und Kunstwerke nicht nachvollziehen. Die Künstler*innen waren häufig genau so unzufrieden, denn sie fühlten sich in ihrer freien künstlerischen Entfaltung eingeschränkt oder von Auftraggeber*innen genauso wie vom Publikum zu wenig geschätzt.

Die „nicht gewollte“ und nicht beauftragte „Kunst im öffentlichen Raum“ in Form von Graffiti und Streetart umgeht genau diese Konflikte, schafft aber natürlich neue. Um den Kontext von Streetart besser einordnen zu können, müssen wir etwas ausholen:

Graffiti als Farbe bzw. Bilder auf Wänden gibt es seit es Menschen gibt, sei es Höhlenmalerei, Hieroglyphen in ägyptischen Grabkammern oder Toilettensprüche in der Schule. Zum Ende der 1960er Jahre entstand in den USA die Form von Graffiti bzw. „Writing“, die heute noch für Unverständnis, Kopfschütteln oder auch Anerkennung sorgt: Mit Sprühdosen angebrachte Schriftzeichen („Tags“) oder größere Schriftgemälde („Styles“) zieren bis heute nicht nur urbane Gegenden. Aber schon bald entsprang dieser Subkultur der heute als „Streetart“ bezeichnete Ableger: Wenn eine Stadt komplett mit bunten Schriftzeichen und Tags vollgesprüht ist, fallen reduziert gestaltete Interventionen umso mehr auf. So begann 1977 *Harald Nägeli*, bekannt als „der Sprayer von Zürich“, mit seinen simplen Strichmännchen für Aufmerksamkeit zu sorgen, 1980 tauchten die ersten Kreidezeichnungen von *Keith Haring* in New Yorker U-Bahn-Stationen auf. Und in Paris löste 1981 der Schablonenkünstler *Blek le rat* mit seinen schwarz-weißen Ratten einen Boom der Schablontechnik („pochoir“) aus.

Sowohl Graffiti als auch Streetart nutzen den öffentlichen Raum als Bühne, spielen mit den Untergründen und autorisieren sich größtenteils selbst, werden also illegal angebracht. Ein wesentlicher Unterschied ist aber die Intention hinter den Kunstwerken: Graffiti-Künstler*innen richten ihre Arbeiten hauptsächlich an die „Szene“ selbst, sie zeigen ihre Zeichen, machen Werbung für sich und ihre „Crews“. Für Außenstehende lassen sich die Tags schwer lesen und dementsprechend groß ist die Abneigung dagegen. Streetart bzw. Urban Art wendet sich dagegen an eine möglichst große Anzahl von Menschen.

Neben illegal angebrachten Graffiti oder von Auftraggeber*innen bezahlten Denkmälern und Kunstwerken findet man aber im öffentlichen Raum weitere bunte Bilder: *Werbung*. Auch diese will eine möglichst breite Masse erreichen. Zu Streetart gibt es aber zwei wichtige Unterschiede: Zum Einen will Streetart nichts verkaufen, sie richtet sich nicht an potentielle Konsument*innen. Zum Anderen nutzt Streetart zwar teilweise die gleichen Medien (Plakate, Sticker, Displays), die Ästhetik ist aber eine gänzlich andere. Perfekte, retuschierte, inszenierte Bildwelten stehen schmutzigen Schablonen-Motiven, welligen Plakaten oder handgeschnittenen Stickern gegenüber. Streetart will genau wie Werbung mit den Betrachter*innen kommunizieren, ist aber häufig kritisch, ironisch oder einfach unterhaltend.

Gerade junge Menschen sehen gesellschaftliche oder politische Entwicklungen kritischer und engagieren sich in Gegenbewegungen, seien es „*Fridays for future*“, *Greenpeace* oder die „*Querdenker*“. Und wer sich nicht in Gruppen bewegen möchte oder seine Ideen und Gedanken kreativer in die Welt bringen möchte, die/der beteiligt sich eben als Street Artist*in am öffentlichen Raum. Und so kommen wir wieder zurück zu den „Szenevierteln“: Hier wohnen/leben häufig Student*innen oder Menschen, die sich selbst als „alternativ“ bezeichnen würden. Sie legen nicht so viel Wert auf Status, Konsum oder gesellschaftliche Normen, dementsprechend fallen kreative Projekte hier auf fruchtbaren Boden. Und auch nur ohne konsequente Reinigung der Fassaden oder Ampelmasten wächst in solchen Vierteln eine „Streetart-Szene“.

Womit wir zurück in Fulda wären: Nicht nur fehlt es hier tatsächlich an wirklichen „Hip-Vierteln“, dazu ist die Stadt strukturell zu klein bzw. „falsch“ gewachsen, es fehlt scheinbar auch an Zielen, an denen man seine Kritik ansetzen kann. Läuft man mit wachsamen Augen durch die Stadt, findet man sicher

hier und da etwas, das man als „Streetart“ titulieren könnte. Aber kaum ein Aufkleber sowie die wenigsten Schablonen-Graffiti, die dem Bereich Urban Art zugeordnet werden können, kritisieren oder kommunizieren wirklich. Dabei gäbe es sicher auch in Fulda Missstände, die kreativ in das Blickfeld der Bürger*innen gerückt werden könnten. Häufig merkt man erst, ob etwas schief läuft, wenn man selbst direkt mit dem Problem konfrontiert ist: während der Kontaktbeschränkungen in der ersten Corona-Zeit haben wir erst festgestellt, wie wichtig uns persönliche Kontakte oder eine Umarmung sind. Die Menschen in Ahrweiler und Umgebung werden nach dem starken Hochwasser sicher einen anderen Blick auf den Klimawandel haben als vorher. Wann haben Sie das letzte Mal richtig starken Hunger verspürt? Man klagt über Hunger, aber im Gegensatz zu vielen Wohnungslosen ist das Problem der Nahrungsmittelversorgung für uns doch eher klein. Und so geht es uns in Fulda scheinbar in vielen Bereichen einfach zu gut, als dass wir etwas kritisieren könnten.

Um den Bogen zu dieser Zeitschrift zu spannen, lenken wir den Blick auf den Streetart-Künstler „Crust“. Dieser benutzt Wandfarbe, Pinsel und Rollen, um gerade und geschwungene Linien auf den Boden zu malen. Diese an arabische oder japanische Schriftzeichen erinnernden Motive bringt er aber nicht an beliebigen Orten an, sondern seine Zeichen entstehen immer neben einem/r schlafenden Obdachlosen. Einem Logo ähnlich bedient er sich dabei zuerst Elementen des Marketing, indem er seine Zeichen variabel über die Stadt verteilt. Auf einer zweiten Ebene schafft er hier eine Art Gegenöffentlichkeit und rückt damit Missstände bzw. die Tatsache, dass Menschen auf der Straße schlafen müssen, in das Bewusstsein der breiten Masse.



Vom Künstler Ingmar Süß legal angebrachtes Schablonen-Graffiti „analog vs. digital - Kinderspiel“
Hier wird die zunehmende Digitalisierung in unserer Gesellschaft bereits im Kindesalter thematisiert. Aber im Widerspruch dazu oder aber das Thema aufgreifend lässt sich dieses Kunstwerk auch als so genannte Augmented Reality nutzen: Mit der App „Artivive“ betrachtet fängt das Motiv an zu leben.

Jean Baudrillard bezeichnete schon 1978 die Stadt als „Ort der Exekution der Zeichen“, und Umberto Eco ergänzt, dass dem ein Land gehört, „der die Kommunikation beherrscht“. Wenn man den Begriff „öffentlicher Raum“ wörtlich nimmt, gehört die Stadt uns allen, also der „Öffentlichkeit“, wodurch jede*r die Möglichkeit hätte, den Raum mit zu gestalten. Indirekt geschieht es so auch in unserem Sinne, indem wir den gewählten Politiker*innen vertrauen, unsere Stadt so zu gestalten, dass wir alle damit einverstanden sind. Streetart benutzt dagegen ungefragt aber direkt den öffentlichen, urbanen Raum, schafft sich einen eigenen Kommunikationsweg und greift damit in das herrschende Machtgefüge ein. Und je nach Motiv ist Streetart auch politische Artikulation. Alleine schon das ungefragte Aneignen von Flächen ist politische Aussage und Forderung nach Partizipation an der Gestaltung der städtischen Flächen. Bei einem Vortrag 2007 in Berlin wurde festgestellt: „Die illegalen Eingriffe in den urban space können damit als eine kulturelle Praxis verstanden werden, die sich gegen die Deutungshoheit der Politik und der Wirtschaft über den öffentlichen Raum wendet.“



Streetart ist also durch die selbstbestimmte und partizipative Gestaltung des öffentlichen Raums ein Mittel zur sanften und kreativen Rebellion gegen Stadtplaner*innen, Architekt*innen und Werber*innen auf der einen, Ausdrucksmöglichkeit, Kommentarfunktion oder Wachrüttler auf der anderen Seite. Analog zur Werbung ist Streetart im öffentlichen Raum „einfach da“, kann betrachtet, für gut oder schlecht befunden oder als Auslöser für weiteres Handeln genommen werden. Und am Ende ist sie auch nur ein Stück buntes Papier, genau wie ein Geldschein.



„Imagine a city [...] where everybody could draw wherever they liked. [...] Where standing at a bus stop was never boring. A city that felt like a living breathing thing which belonged to everybody, not just the estate agents and barons of big business.“

Banksy 2001



Graffiti und Streetart sind nach §303 Abs. 2 StGB und §304 Abs. 2 StGB als Sachbeschädigung zu werten. Wir vom StraßenDruck möchten nicht zu Straftaten aufrufen. Für Graffiti gibt es in Fulda legale Flächen in den Fuldaauen und an der Jugendkulturfabrik. Streetartprojekte wurden auf private Initiative hin von der Stadt bzw. von RhönEnergie genehmigt. Fulda kann also auch legal kreativ mit „Kunst im öffentlichen Raum“ bespielt werden.



Ältere Menschen mit Wohnbedingungen zufrieden

Die eigenen vier Wände haben für ältere Menschen eine besondere Bedeutung. Oft leben sie Jahrzehnte lang in der gleichen Wohnung oder zumindest dem gleichen Quartier. Sie kennen die Umgebung und sind Teil eines nachbarschaftlichen Netzwerks. Zunehmende Einschränkungen der Mobilität können dazu führen, dass außerhäusliche Aktivitäten seltener werden und die eigene Wohnung zunehmend zum zentralen Lebensmittelpunkt wird. Und obwohl die eigene Wohnung dann oft nicht ihren Bedürfnissen entspricht, zeigen sich dennoch viele ältere Menschen mit ihrer Wohnsituation zufrieden. Dabei spielen gute nachbarschaftliche Verhältnisse sowie die Vertrautheit mit der eigenen Wohnung und der Wohnumgebung eine bedeutende Rolle. Dies zeigen Analysen mit Daten des Deutschen Alterssurveys.

Frauen mit Schwerbehinderung: Doppelt diskriminiert

Frauen mit Schwerbehinderung sind auf dem Arbeitsmarkt von doppelter Diskriminierung betroffen. Sie bilden das Schlusslicht bei Lohn sowie Vollzeit- oder Führungspositionen und sind parallel durch Haushalts- und Familienplanung doppelt belastet. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung, die die Aktion Mensch zum Weltfrauentag veröffentlicht hat. Der Studie zufolge erhalten Frauen mit Behinderung für ihre berufliche Tätigkeit im Gruppenvergleich die niedrigste Entlohnung – auch in der Einkommenskategorie unter 1.000 Euro netto sind sie mit fast einem Drittel am häufigsten vertreten. Dabei zeigt sich auch unter den Arbeitnehmer*innen mit Behinderung ein eindeutiges geschlechtsspezifisches Lohngefälle: Im Durchschnitt verdienen weibliche Erwerbstätige mit Behinderung 667 Euro netto weniger pro Monat als ihre männlichen Pendanten.

Reform des Elterngeldes in Kraft

Seit Anfang September ist eine Reform des Elterngeldes in Kraft. Besonders für Eltern in Teilzeit enthält das Gesetz zahlreiche Verbesserungen: Die zulässige Arbeitszeit während des Elterngeldbezugs und der Elternzeit wird von 30 auf 32 Stunden angehoben. Auch der Partnerschaftsbonus, der die parallele Elternzeit beider Elternteile unterstützt, kann künftig mit 24-32 Wochenstunden – statt bisher 25-30 Wochenstunden – bezogen werden. Zudem wird der Partnerschaftsbonus flexibler und Eltern sollen nur im Ausnahmefall nachträglich Nachweise über ihre Arbeitszeit erbringen. Zusätzlich wird sichergestellt, dass sich die Höhe des Elterngeldes für teilzeitarbeitende Elternteile nicht verändert, wenn sie Einkommensersatzleistungen beziehen, wie z.B. Kurzarbeitergeld oder Krankengeld. Bisher hat sich in dem Fall die Höhe des Elterngeldes reduziert.

Armut wird in der Pandemie zur tödlichen Gefahr

Das Robert-Koch-Institut hat Daten darüber vorgelegt, in welchen Gebieten es in Deutschland sehr viele Sars-CoV2-Erkrankungen und eine höhere Sterblichkeit gab. Im Dezember und Januar, auf dem Höhepunkt der zweiten Welle, lag die Covid-19-Sterblichkeit demnach in sozial stark benachteiligten Regionen um rund 50 bis 70 % höher als in Regionen mit geringer sozialer Benachteiligung.

Rassistische Angriffe nehmen zu

Die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer, und antisemitischer Gewalt hat ihre dokumentierten Fälle für das Jahr 2020 vorgestellt: Danach wurden mindestens 493 Menschen verletzt und bedroht. Insgesamt erfasste die Beratungsstelle unter den Opfern 37 Kinder und 28 Jugendliche.

Bildungs- und Teilhabepaket versagt

Nur jedes siebte benachteiligte Kind profitiert von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakts. Das geht aus einer aktuellen Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hervor. Diese zeigt, dass sich mit den 2019 in Kraft getretenen Reformen des so genannten „Starke-Familie-Gesetzes“ kein positiver Effekt bei der Inanspruchnahme der Teilhabeleistungen bei benachteiligten Schüler*innen ergeben habe. Vielmehr sei sogar ein leichter Rückgang der Quoten zu verzeichnen.

Kinder in Deutschland immer stärker von Armut bedroht

2018 waren mindestens 2,4 Millionen Kinder in Deutschland von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Gleichzeitig haben die Jugendämter bei rund 50.400 Kindern oder Jugendlichen eine Kindeswohlgefährdung aufgrund von Gewalt oder Vernachlässigung festgestellt, berichtet der Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH). Das seien 10 % mehr als 2017. Zahlen zur Lage während der Corona-Pandemie liegen aktuell noch nicht vor.

Ein System steht sich selbst im Weg

Deutschland ist laut Gesetz ein Sozialstaat. Dies beinhaltet auch, dass, sofern man selbst dazu nicht in der Lage ist, der Staat für den eigenen Lebensunterhalt aufkommt. Doch was bedeutet es für die Menschen von Hartz 4 zu leben? Welche Rolle spielt dabei das Jobcenter und welche Möglichkeiten stehen diesen kommunalen Behörden zur Verfügung, um die Menschen in die Erwerbsarbeit zu bringen? Dies soll hier kurz betrachtet werden.

Wer erwerbslos ist, landet in der Regel beim Jobcenter. Dieses betreut und vermittelt den/die Bezieher*in von Arbeitslosengeld II (im Volksmund auch „Hartz IV“). Voraussetzung hierfür ist aber die Erwerbsfähigkeit des Menschen. Dies bedeutet, dass er/sie unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes in der Lage sein muss, mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten. Und genau hieraus leitet sich die Hauptaufgabe des Jobcenters ab: die Integration des Menschen in den Arbeitsmarkt. Erwerbsunfähige Menschen können schließlich nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden. Doch immer wieder landen Menschen beim Jobcenter und damit im Bezug von Arbeitslosengeld II, die in ihrer aktuellen Lebenssituation gar nicht an eine Arbeitsaufnahme denken können. Sei es durch (drohende) Wohnungs- oder Obdachlosigkeit, psychische oder physische Einschränkungen oder schlicht familiäre Verhältnisse, die einer Arbeitsaufnahme im Wege stehen, etwa eine alleinerziehende Mutter. Die Gründe nicht integrationsfähig zu sein sind hierbei vielfältig und nicht immer hat das Jobcenter die Ressourcen oder die systemischen Rahmenbedingungen, um auf diese oft verzwickten und umfangreichen individuellen Problemlagen adäquat reagieren zu können.

Dann passiert es, dass jene Menschen in einem System stecken, das gar nicht für sie geschaffen ist und in dem sie auch nicht gut aufgehoben sind und am Ende bekommen sie nicht die Hilfe, die sie brauchen, da dem Jobcenter schlicht die Möglichkeiten fehlen. Und dennoch, fällt man in den ALG-II-Bezug, so fangen die Zahnräder an sich zu drehen, die von Kommunen und Gesetzgebern so mühevoll am Laufen gehalten werden. Nicht selten passiert es dann, dass ein suchtkranker Mensch im Rahmen einer Eingliederungsmaßnahme lernt, Lebensläufe zu schreiben. Diese Kompetenz zu erlernen ist sicherlich wichtig und sinnvoll, doch an dieser Stelle einfach verfrüht. Mit Hilfe zahlreicher Sanktionsmöglichkeiten wird dennoch sichergestellt, dass der Kunde bzw. die Kundin an dieser Maßnahme teilnimmt.

Durch die Minderung der Leistungsbezüge und mit Abmahnungen und Briefen von den Maßnahmeträgern wird schließlich der Druck auf solche Menschen erhöht, die vielleicht gar nicht damit umgehen können. Das Jobcenter kann diese Menschen in noch so viele Maßnahmen schieben, solange die vorangestellte Problematik nicht gelöst wird, sind alle Versuche einer Integration vergebens. Doch am Ende ist es genau das, was den Kern aller Kritik an dem System Hartz IV ausmacht. Es ist zu allgemein, zu pauschalisierend. Es schaut mit demselben Blick auf alle Erwerbslosen, unabhängig von ihren individuellen Bedürfnissen und Anforderungen. Und am Ende verhindert es den eigentlichen Nutzen seiner selbst: die Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Vielen Dank an die Unterstützer*innen der Zeitschrift:



Manuela Steinbach
An der Heege 26, 36103 Flieden
Manuela.Steinbach@dvag.de
www.dvag.de/Manuela.Steinbach
+49 (0) 6669 900 746

Elektro-Kälte-Klima-Technik
Reinhold Dahmer
Forsthaus 2, 36148 Kalbach
info@dahmer-ekkt.de
+49 (0) 6655/987 130



Partnerschaft
für Demokratie
STADT FULDA

